Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Millimeterzeile 10 Goldpfennige, von Inserenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 8 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 2 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle Kamen, Markt 15, Fernspr. 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den lfd. Monat 2 Goldmark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubels, Kamen.

Nr. 287 (1. Blatt). **Donnerstag, den 8. Dezember 1927.** **55. Jahrgang.**

Keine Einigung in der Eisenindustrie

Abbruch der Verhandlungen. — Der Schlichter soll eingreifen. — Der Konflikt vor dem Kabinett. — Neue Mißtrauensdebatte im Reichstag?

Mittwoch begannen in Essen neue Verhandlungen zwischen der Großeisenindustrie und den drei Gewerkschaften. Die Gewerkschaften trugen erneut ihre bisherigen Forderungen vor, von denen sie unter keinen Umständen abgehen wollen. Eine einheitliche Forderung ist von den Gewerkschaften nicht aufgestellt worden; jede einzelne vertritt ihren Standpunkt. Daraufhin trugen die Unternehmer ihre Ansicht vor.

Zu einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Nunmehr werden neue Verhandlungen vor dem Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Jötten, stattfinden.

Von Arbeitgeberseite kommt folgende ergänzende Meldung: „Die gemäß Schiedsspruch vom 20. Juli angeordneten Tarifverhandlungen fanden in Essen statt. Hierbei wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband zunächst der Versuch gemacht, die von den Werken beschlossenen Stillegungen, die er als Provokationen von Arbeitgeberseite hinstellte, zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Nachdem dies von Arbeitgeberseite nachdrücklichst zurückgewiesen worden war, waren die Arbeitnehmer schließlich zu Verhandlungen bereit. Es zeigte sich aber, daß die Gewerkschaften auch jetzt noch nicht in der Lage waren, einheitliche Forderungen zu stellen. Sie hielten vielmehr die einzelnen bereits bekannten Forderungen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen voll aufrecht. Infolgedessen mußten auch diese Verhandlungen ohne Ergebnis abgeschlossen werden."

Nach Beratungen des Reichskabinetts

über den Konflikt in der Eisenindustrie verlautet, daß der Schlichter, der die beiden Parteien für Freitag zu Verhandlungen geladen hat, die Aufgabe erhalten soll, in jedem einzelnen Betriebe die Rückwirkungen der Einführung der 8-Stunden-Arbeitszeit zu prüfen. Es sei möglich, daß von Fall zu Fall Sonderregelungen derart vorgenommen werden, daß die Frist zur Einführung des Dreischichtensystems über den 1. Januar hinaus verlängert wird. Eine solche Fristverlängerung für einzelne Betriebe soll zum Zweck der Rationalisierung dieser Betriebe dienen.

Aktion der Sozialdemokratie.

Wie wir erfahren, beabsichtigt die Sozialdemokratie, angesichts der jüngsten Entwicklung im Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der deutschen Eisenindustrie, die die Reichsregierung doch noch in der Form zu interpellieren, daß gleichzeitig ein Mißtrauensantrag eingebracht wird.

Unterrichtete Kreise versichern, daß dieser Entschluß auf starken Widerstand selbst innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gestoßen sei, da man sich bewußt sei, daß eine solche Aktion gegen die Reichsregierung bei vielen Reichstagsabgeordneten von vornherein auf Ablehnung stoßen müsse. Trotzdem werde sich die Fraktion zu einem neuen Vorstoß entschließen müssen, da die Reichsregierung wahrscheinlich ungenügenden Widerstand gegen die Forderungen der Eisenindustriellen leisten und damit eine Verschärfung der schon an sich gegebenen Wirtschaftskrise herbeiführen werde, die nicht ohne einschneidende Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Gesamtlage des Volkskörpers bleiben könne.

Die Reichsregierung wird sich, so oder so, mit der Tatsache abfinden müssen, daß sie zur Eisenkrise interpelliert wird. Maßgebend ist jedoch, zu welchem Zeitpunkt die Reichstagsaussprache stattfindet. Wie wir erfahren, will die Sozialdemokratie abwarten, wie die Schlichtungsverhandlungen ausfallen. Zeige es sich, daß die Arbeitgeber auf ihrem ultimativen Standpunkte stehen bleiben, und daß auf der Gewerkschaftsseite eine geschlossene Front nicht zu erreichen ist, so dürfte die Reichstagsdebatte über die sozialdemokratische Interpellation zu schwerwiegenden Folgen führen. Die Sozialdemokraten wollen die Frage der Zwangsverstaatlichung offen aufwerfen.

Alles kommt darauf an, wie sich der Arbeitsminister zu dem Konflikt stellt, ob er sich zu einem wenn auch nur zeitlich bemessenen Nachgeben in der Richtung einer Verschiebung des Inkrafttretens der neuen Arbeitszeitverordnung entschließt, oder zu einem grundsätzlichen Nachgeben zugunsten der Arbeitgeber. In einem solchen Falle würde eine Befragung des Reichstages wahrscheinlich ganz offen sein und keine Garantie bieten für eine geschlossene Front der Regierungsparteien.

Es ist jedoch zu erwarten, daß die Fragestellung an Hand der ersten Schlichtungsverhandlungen zugunsten einer ruhigeren Entwicklung abgebogen wird, da immer noch Haushalt und Besoldungsreform im Hintergrund der aktuellen Erwägungen stehen.

Brotkorn und Kartoffeln.

Die Ernte in Preußen im Jahre 1927.

Nach Mitteilungen der Statistischen Korrespondenz über die Brotkorn- und Kartoffelernte Preußens im Jahre 1927 stellt sich die Gesamternteme nge nach den vorliegenden Zahlen beim Brotgetreide auf 71,5 Millionen Doppelzentner gegenüber 65,7 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Diese Zunahme ergibt sich in erster Linie aus der Erhöhung der Winterweizenernte; diese ist, nicht zuletzt infolge eines umfangreichen Anbaues, auf 17,9 Millionen Doppelzentner gestiegen (1926: 14,6 Millionen Doppelzentner). Die Winterroggenernte erreicht insgesamt 50,9 Millionen Doppelzentner (1926: 48,9 Millionen Doppelzentner). Die Gesamtmenge der geernteten Kartoffeln beträgt 248,7 Millionen Doppelzentner (1926: 215,9 Millionen Doppelzentner). Es zeigt sich also auch in dieser Beziehung ein kleiner Fortschritt gegenüber den sehr ungünstigen Verhältnissen des Vorjahres. Leider ist der Anteil der erkrankten Kartoffeln mit 5,7 Prozent der gesamten Ernte verhältnismäßig hoch.

Die Lohnsteuersenkung.

Die Regierungsvorlage zur Durchführung der Lex-Brüning schlägt eine Herabsetzung des Lohnsteuersatzes von 10 auf 9 Prozent vor. Das steuerfreie Existenzminimum soll unverändert 1200 Rm. jährlich betragen, aber kinderreiche Familien sollen durch Erhöhung der Familienermäßigungen entlastet werden. Der Abzug soll gesteigert werden: Für die Ehefrau von 120 auf 180 Mark jährlich. Für das erste Kind von 120 auf 180 Mark jährlich. Für das erste Kind von 120 auf 180 Mark jährlich, für das zweite Kind von 240 auf 360, für das dritte Kind von 480 auf 600, für das vierte von 720 auf 840, für das fünfte und die folgenden Kinder von 960 auf 1080 Mark jährlich. Diese Sätze sollen wie bisher Mindestsätze sein. An ihre Stelle treten die bisher schon geltenden prozentualen Abzüge, (1 Prozent für jedes Familienmitglied). Wenn diese in der Summe höher als die festen Abzüge sind.

Gleichzeitig will die Reichsregierung auch eine Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer in den unteren Einkommenstufen eintreten lassen, die Kapitalertragssteuer auf 9½ Prozent vermindern und wahrscheinlich auf Nachzahlungen in der Vermögenssteuer, die den Voranschlag nicht errecht hat, verzichten.

*

Keine Erhöhung über die Regierungsvorlage hinaus.

Minister Köhler zu weitergehenden Besoldungs-Anträgen.

Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler gegenüber den Wünschen auf weitergehende Aufbesserungen, daß die Beurteilung von Anträgen über die Regierungsvorlage hinaus auch auf die Verhältnisse bei der Post und Eisenbahn Rücksicht nehmen müsse. Es sei jetzt der Punkt gekommen, wo die Regierung den Mut haben müsse, zu sagen: Darüber hinauszugehen, können wir nicht verantworten. Die Reichsbahnverwaltung habe erklärt, daß sie die ernstesten Bedenken gegen weitere Aenderungen der Besoldungsvorlage mit finanzieller Auswirkung habe. Die Anträge für Verbesserung des Besoldungsdienstalters, machten für Reichspost und Bahn 10,8 Millionen, die Anträge für Hebung der Assistenten aller Art 5,5 Millionen aus. Der Betrag für Erhöhung der Kinderzuschläge belaufe sich auf 12,8 Millionen. Von der insgesamt angeforderten Erhöhung kämen auf die Post 11, auf die Bahn 21,5 Millionen und auf das Reich 3,4 Millionen.

Die Wilnafrage

vor dem Rat. — Der Höhepunkt der Genfer Tagung.

In Genf begann am Mittwoch eine öffentliche Sitzung, die ausschließlich dem polnisch-litauischen Streitfall gewidmet war. Zunächst brachte Woldemaras in längerer Rede die bekannten litauischen Beschwerden gegen Polen vor. Zaleski legte darauf den polnischen Standpunkt dar. An diese Erklärungen schloß sich dann eine sehr lebhafte Aussprache.

Die mit großer Spannung erwarteten Erklärungen des litauischen und des polnischen Vertreters haben sich nicht im geringsten in sensationellen Formen bewegt. Man muß im Gegenteil feststellen, daß Form und Ton der Darlegungen des litauischen Ministerpräsidenten und des polnischen Ministers des Aeußern durchaus korrekt waren und den bis auf den letzten Platz besetzten und durch viele ähnliche Vorgänge bereits historisch gewordenen Glassaal des Völkerbundshauses über drei Stunden lang fesselten.

Die voraussichtliche Lösung.

Litauen und Polen haben sich am Mittwoch noch nicht festgelegt. Aber aus den Erklärungen beider Parteien darf man mit Recht den Schluß ziehen, daß die Aufhebung des Kriegszustandes erfolgen wird, obwohl eine von beiden Seiten akzeptierte endgültige Formulierung dieser ungemein schwierigen Rechtsfrage, bei der weder Litauen noch Polen brüskiert werden dürfen, noch nicht gefunden ist. Angesichts der durchaus verständigen Haltung Polens, das, freilich durch eigenes Verschulden, in der letzten Zeit sehr aggressiver Absichten verdächtigt wurde, kann so infolge der gemeinsamen Anstrengungen des Rates und der in ihm vertretenen und erstmals von Sowjetrußland unterstützten Großmächte zunächst ein Zustand geschaffen werden, bei dem die äußerst heikle Wilnafrage noch ganz offen bleibt. Ja sogar in Bezug auf die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen soll keinerlei Druck ausgeübt werden. Der Rat vertraut bei dieser Lösung, wenn sie, wie zu hoffen steht, erreicht werden kann, offenbar auf die Macht der Verhältnisse, die nach Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen naturnotwendig auch zur allmählichen Herstellung normaler Beziehungen auf allen Gebieten führen muß. Daß die jetzt geplante Lösung nicht im Schoße eines Dreier- oder Fünferkomitees gesucht werden muß, sondern voraussichtlich von dem holländischen Ratsmitglied allein erzielt weden kann, ist ein weiteres gutes Anzeichen für die bevorstehende Lösung.

Vom deutschen Standpunkt aus kann schließlich als Ergebnis der ersten vorbereitenden Beratungen dieses Streitfalles mit Genugtuung festgestellt werden, daß alle Verdächtigungen der Haltung Deutschlands, das angeblich ein Interesse an der Verschärfung des polnisch-litauischen Konfliktes haben sollte, fallen gelassen worden sind, und die Haltung Deutschlands allgemein als durchaus objektiv anerkannt wird.

Deutschnationale und Reichsreform.

Am Freitag tritt in Berlin die deutschnationale Parteivertretung zusammen, um sich mit der Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform zu beschäftigen. Dem „Berl. Lok.-Anz." zufolge wird der Sinn der Tagung dahin gehen, unter Ablehnung des zentralisierten Einheitsstaates eine Verbesserung der Weimarer Notverfassung nach der Richtung vorzuschlagen, daß die jetzt fehlende organische Verbindung zwischen dem Reich und Preußen wieder geschaffen und darüber hinaus sparsamste Verwaltung im Reich und in den Ländern durch entsprechende Einrichtungen sichergestellt wird.

Die Deutsche Volkspartei gegen die Erhöhung der preußischen Abgeordnetendiäten.

Die neue preußische Besoldungsordnung sieht eine Erhöhung der Ministergehälter vor, die nach dem Diätengesetz eine automatische Erhöhung der Tagegelder für die Landtagsabgeordneten zur Folge hat. Die Tagesgelder betragen ein Viertel der jeweiligen Ministergehälter. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat jetzt einen Antrag eingebracht, wonach das bestehende Gesetz dahin geändert werden soll, daß eine nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgende Erhöhung des Grundgehalts der Minister eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten nicht zur Folge haben soll.

Prälat Schofer schwer erkrankt.

Wie die „Germania" aus Freiburg meldet, ist der Führer des badischen Zentrums", Prälat Schofer, an einer plötzlich einsetzenden Herzmuskelschwäche schwer erkrankt. Sein Zustand gibt zu ernster Besorgnis Anlaß.

Der Bordbesuch des Prinzen Heinrich.

Ueber den Besuch des Prinzen Heinrich an Bord des Kreuzers „Berlin" stellt der „Berl. Lok. Anz." folgendes „authentisch" fest: Der Kreuzer „Berlin" machte vor Antritt seiner Auslandsreise noch eine Probefahrt, die ihn u. a. auch nach Eckernförde führte. Dort lud der Kommandant des Schiffes, Fregattenkapitän Kolbe, den Großadmiral a. D. Prinzen Heinrich von Preußen zu einer Besichtigung des Kreuzers ein. Prinz Heinrich hielt sich etwa ½ Stunde an Bord auf und hat dort weder Befehle gegeben noch irgendwelche Anordnungen getroffen. Bevor er wieder von Bord ging, wurde er gebeten, auch den Mannschaften einige Abschiedsworte zu sagen. Prinz Heinrich hat die jungen Seeleute daran erinnert, daß sie jetzt in Gegenden kämen, in denen er als junger Seeoffizier auch gewesen sei. Er machte darauf aufmerksam, in welch hohem Ansehen die deutsche Marine in der ganzen Welt gestanden habe, und daß es für ein Kriegsschiff im Auslande eine hohe Ehre sei, die deutsche Heimat würdig zu vertreten.

Von Rifkabylen überfallen.

Drei Tote.

Nach einer Agenturmeldung aus Casablanca wurde in der Gegend des mittleren Werga ein mit Wasserholen beauftragter Zug Senegalschützen von Rifleuten überfallen. Ein Sergeant und zwei Mann sind getötet worden.

Das Eisenbahnunglück in Niederösterreich

Die Ursache des Zugzusammenstoßes bei Sigmundsherberg.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Sigmundsherberg bei der der Schnellzug Berlin — Dresden — Wien in einen Güterzug hineingefahren ist, hat sich nach einer Darstellung der Geniedirektion der österreichischen Bundesbahnen folgendermaßen abgespielt: Durch einen

außergewöhnlichen Rauhreif,

verbunden mit einer bisher noch nie in ähnlicher Stärke beobachteten Vereisung der Leitungsanlagen, war die Block- und Signaleinrichtung untauglich geworden. Die telegraphische und telephonische Verbindung war unterbrochen. Es war daher keinerlei Verständigung mit den Nachbarstationen möglich. Außerdem herrschte

dichter Nebel.

Der Güterzug erlitt auf der Strecke zwischen Hötzelsdorf Geras und Sigmundsberg einen Maschinenschaden und mußte daher seine Fahrt bedeutend verlangsamen. Der Fahrdienstleiter der Station Hötzelsdorf—Geras ließ in der Annahme, daß der Güterzug die Station Sigmundsherberg bereits erreicht habe, den nachfolgenden Schnellzug passieren. Knapp vor Sigmundsherberg erreichte der Schnellzug den Güterzug. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich schwierig, da die umgestürzten Kesselwagen die beiden Hauptgleise verlegt hatten. Da der Schnellzug wegen des Nebels ziemlich langsame Fahrt fuhr, hat die Katastrophe erfreulicherweise keinen großen Umfang angenommen. Von den Passagieren des Schnellzuges wurden 20 Personen leichtst verletzt. Ein Zugbegleiter, dem beide Beine abgefahren wurden, ist wenige Stunden nach dem Unfall gestorben.

*

Mit drei Kindern in den Tod.

Die 26 Jahre alte Bergarbeitersfrau Sorger in Niederhaßlau nahm die Abwesenheit ihres Mannes wahr, um sich mit ihren drei Kindern im Alter von fünf bis zu einem Jahr mit Gas zu vergiften. Die Polizei fand alle vier tot auf. Mißliche Familienverhältnisse und wirtschaftliche Sorgen dürften die Ursachen der Tat sein.

Kamen aus Stadt u. Land

Kamen, den 8. Dezember 1927.

Weihnachtsbäume.

Die ersten Weihnachtsbäume sind geschlagen, die die Weihnachtsfeiern schmücken sollen, und sind an den großen Verkaufsstellen eingetroffen. Was werden die Tannen erleben, wenn sie im weihnachtlichen Glanze erstrahlen werden? Die einen werden in die Gotteshäuser kommen und eine große Gemeinde der Gläubigen schauen, die voll Andacht und Sehnsucht der frohen Botschaft lauscht, daß der Heiland der Welt geboren ist. Andere werden reich gedeckte Gabentische krönen, wieder andere in schlichter Kammer über bescheidenen Weihnachtstischen nicht weniger strahlend von der Freude zeugen, die allem Volke widerfahren soll.

In vielen, vielen Krankensälen, Altersheimen und Siechenhäusern werden die immergrünen Bäume von der Hoffnung predigen, die nicht zu Schanden werden läßt, und werden müde, gequälte Augen aufleuchten lassen. In die fernen Lande und auf die hohe See werden die Christbäume Heimatgrüße und deutsche Weihnachtswünsche tragen, und aus ihrem Duft und ihrem Glanze werden Kindheitserinnerungen den Zauber der fröhlichen, seligen, gnadenbringenden Weihnachtszeit weben. Aber mancher arme Tannenbaum muß wohl auch einen Leidensweg gehen und darf seiner schönen, tiefen Bestimmung nicht dienen. Ernst und traurig muß er vielleicht auf wüste Trinkgelage herabschauen, die sich Weihnachtsfeiern nennen, auf zügellose Lustbarkeiten, in denen man die heiligen, lieben Lieder zur Tanzmusik herabwürdigt, und wollte doch ein Weihnachtsbaum sein.

Wir Deutschen haben in dieser bitteren Notzeit so vieles an inneren Werten verloren. Lassen wir uns unsere Gemütswerte nicht auch noch rauben. Wenn nun Adventglocken klingen, dann wollen wir uns alle mahnen lassen, treue Hüter zu sein des Festes der Liebe und der Innerlichkeit, Hüter zu sein der deutschen Weihnacht. „Halte, was du hast", du große Weihnachtsgemeinde, „daß niemand deine Krone nehme!"

*

Die Viehzählung vom 1. Dezember in Kamen.

Rund 350 Schweine mehr als im Vorjahre.

Nach dem endgültigen Ergebnis der Reichs-Viehzählung vom 1. Dezember 1927 hat der Pferdebestand im Stadtbezirk Kamen gegen 1926 wieder zugenommen, während der Rindviehbestand eine geringe Abnahme verzeichnete. Der Bestand an Schafen geht von Jahr zu Jahr immer mehr zurück. Dagegen haben sich die Schweine gegen 1926 ganz bedeutend vermehrt. Auch das Federvieh hat erheblich zugenommen. Tauben wurden nicht gezählt. In der nachstehenden Uebersicht sind die Zahlen vom 1. Dezember 1926 in Klammern hinter denen der diesjährigen Aufnahme gesetzt.

In den 34 Zählbezirken der Stadt Kamen mit 1338 (1333) viehhaltenden Haushaltungen wurden am 1. Dezember 1927 gezählt: Pferde: Fohlen unter 1 Jahr 8 (5), von 1—2 Jahren 3 (5), von 2—3 Jahren 2 (10), Pferde von 3—5 Jahren 23 (21), von 5—9 Jahren 93 (83), über 9 Jahre 71 (58), Zuchthengste keine; Gesamtzahl der Pferde 200 (182). Esel und Maultiere: keine. Rindvieh: Kälber unter 6 Wochen 3 (4), über 6 Wochen 8 (2), Jungvieh unter 1 Jahr 13 (19), von 1—2 Jahren 11 (13), Zuchtbullen von 1—2 Jahren 1 (5), ältere 2 (1), sonstige Bullen, Stiere und Ochsen 3 (2), Milchkühe 133 (136), davon werden 24 (15) als Zugtiere verwendet, sonstige Kühe und Färsen 10 (12); Gesamtzahl 184 (194). Schafe: Schafböcke und Lämmer unter 1 Jahr 92 (248), Schafböcke über 1 Jahr keine (2), Mutterschafe 192 (102), Hammel 85 (41); Gesamtzahl der Schafe 369 (393). Schweine: Ferkel 166 (239), Schweine unter ½ Jahr 925 (524), von ½—1 Jahr 675 (690), Zuchteber unter ½ Jahr 3 (2), über ½ Jahr 1 (2), Zuchtsauen unter ½ Jahr 1 (13) über ½ Jahr 13 (22), übrige Schweine 250 (195); Gesamtzahl der Schweine 2034 (1687). Ziegen: Ziegenböcke und Lämmer unter 1 Jahr 17 (29), Böcke über 1 Jahr 3 (4), Muttertiere 212 (242); Gesamtzahl 232 (275). Kaninchen: 540 (739). Federvieh: Gänse, Gänseriche und Küken 105 (144), Enten, Enteriche und Küken 169 (219), Hühner, Hähne und Küken 7129 (6809), darunter 5922 Hennen, Trut- und Perlhühner 23 (22); Gesamtzahl 7426 (7194). Bienenstöcke mit beweglichen Waben 14 (9), mit unbeweglichen Waben 6 (1); Gesamtzahl 20 (10).

*

Ein Gang durch die Weststraße.

Wer an diesen herrlichen Spätherbsttagen durch Kamens Hauptgeschäftsstraße, die Weststraße, kommt, kann mit Befriedigung feststellen, daß sich das gesamte Straßenbild in den letzten Wochen sehr zum Vorteil verändert hat. Zunächst muß erwähnt werden, daß inzwischen die Kanalisierung der Straße vom „Geist" bis zur Ecke Klosterstraße fertiggestellt worden ist, während der Rest seiner Vollendung entgegengeht. Wenn auch das Straßenpflaster noch an manchen Stellen Mängel aufweist, so darf nicht vergessen werden, daß nach jeder Kanalisationsanlage eine mehr oder weniger starke Bodensenkung eintritt, wodurch wieder Vertiefungen in der Pflasterung entstehen müssen. Das kommende Jahr dürfte aber auch hierin Abhilfe bringen.

Erst kürzlich sind an der Weststraße wieder einige Geschäfts- und Wohnhausumbauten bezw. größere Renovierungen und Hausanstriche vorgenommen worden, über die wir bereits ausführlicher berichteten. Nachdem der Hugo Jacoby'sche Umbau und der Galiard'sche Neubau schon vor einiger Zeit fertiggestellt wurden, konnte kürzlich

der Geschäftsumbau Brinkmann

vollendet und seiner Bestimmung übergeben werden. Wohl jeder, der jetzt an diesem Gebäude vorübergeht, ist erfreut über den Anblick, der sich ihm bietet; mancher bleibt sogar vor Bewunderung stehen. Das gegenüber dem Jacobyschen Geschäftshaus liegende Grundstück hebt sich besonders durch seinen Baustil und seinem freundlichen Anstrich angenehm von seiner Umgebung ab.

Der zu ebener Erde gelegene „Herren- und Damen-Friseur-Salon" der Witwe Brinkmann, in jeder Hinsicht der Neuzeit angepaßt, ist nunmehr eröffnet worden. Betritt man den Damensalon, so ist man vor allem überrascht über die elegante Ausstattung. Das Geschäft steht einem Großstadtgeschäft gleicher Art in keiner Weise nach, da Frau Brinkmann weder Kosten noch Mühe gescheut hat, ihrer Kundschaft den Aufenthalt dort so behaglich wie möglich zu machen.

Hoffen wir im Interesse der Weiterentwicklung unserer alten Heimatstadt Kamen, daß noch andere Geschäftsleute diesem Vorbilde folgen und sich bald dazu entschließen, ihre Häuser durch farbenfreudigen Anstrich, durch Beseitigung der verkehrshindernden Haustreppen und durch kleinere, längst notwendige Um- und Erweiterungsbauten, sowie durch Anlage geschmackvoll ausgestatteter Schaufenster zu verschönern und so mit dazu beitragen, daß die Geschäftsstraßen eine Zierde der Stadt und in geschäftlicher Hinsicht ein Anziehungspunkt werden, dessen Vorteile sich wieder für die Geschäftsleute selbst auswirken.

Silberner Sonntag!

Das beste Insertionsorgan für Kamen Stadt und Land ist das alte Familienblatt, die

Kamener Zeitung.

Inserieren bringt Gewinn!

Inserate für die Sonntag-Nr. erbitten wir bis Freitag 12 Uhr, größere noch früher.

Mariä Empfängnis feiert am 8. Dezember die katholische Christenheit als ein Fest des Dankes für die Gnade, deren Maria gewürdigt worden ist, die Mutter des Welterlösers zu werden. Das Fest soll vom Erzbischof Anselm von Canterbury eingesetzt worden sein. Im Orient war es im zwölften Jahrhundert von Michael Commenus eingeführt, aber auf den 9. Dezember angesetzt. Der heilige Bernhard widersetzte sich der Ausbreitung der Feier. So sehr auch Innocenz III. am Ende des 13. Jahrhunderts bemüht war, sie zu unterdrücken, so verbreitete sich das Fest doch immer mehr, bis endlich Sixtus IV. 1476 die allgemeine Feier gestattete.

(Das Landratsamt ist heute nachmittag geschlossen.) Anläßlich des heutigen Feiertages Maria Empfängnis sind die Dienststellen des Landratsamtes, des Kreisausschusses und der Kreissparkasse des Landkreises Hamm von 13 Uhr ab geschlossen.

(Verwendung von Speise- und Bierresten verstößt gegen das Nahrungsmittelgesetz.) Die Eheleute T. waren angeschuldigt, sich gegen § 10 (2) des Nahrungsmittel-Gesetzes vergangen zu haben. Es war festgestellt worden, daß Frau T. Kartoffeln, die Gäste nicht verzehrt hatten, anderen Gästen vorgesetzt hatte, während der Ehemann Bierreste und Tropfbier mit frischem Bier vermischt Gästen als frisches Bier hatte verabfolgen lassen. Das Gericht verurteilte die Eheleute T. Diese Entscheidung ist durch Revision angefochten worden, die aber als unbegründet zurückgewiesen wurde. Als verdorben sind alle Nahrungsmittel anzusehen, welche durch ihre Abweichung vom normalen Zustande von dem konsumierenden Publikum ekelerregend angesehen werden. Zutreffend nehme die Strafkammer an, daß Speisen, Kartoffeln, Getänke, nach den Verkehrsanschauungen als ekelerregend und als Verdorben anzusehen seien, welche schon anderen Gästen vorgesetzt waren und die von jenen Gästen nach Belieben berührt werden konnten oder berührt worden seien. Nicht erforderlich ist es, daß in jedem Fall festgestellt wird, daß der Gast, welchem die Speisen zuerst angeboten wurden, diese mit dem Munde oder sonstwie berührt hat. Es reicht aus, daß mit der Möglichkeit einer solchen Berührung gerechnet wurde. Gäste in einem guten Gasthof nehmen an, daß ihnen nicht Speisen und Getränke vorgesetzt werden, über welche eine andere Person nach Belieben habe verfügen können. Die Vermischung von Speisen und Bierresten, welche andere Gäste nicht verzehrt haben, mit anderen Speisen und Getränken, beeinträchtigt wesentlich deren normale Beschaffenheit.

(Nur geliehen!) Die Bestimmungen über die Rückgabe von Orden oder Ehrenzeichen haben nach wie vor Gültigkeit. Alle durch das Ableben der Inhaber zur Erledigung gekommen Auszeichnungen, sowie diese nicht bestimmungsgemäß von der Rückgabe ausgeschlossen sind, bezw. soweit sie nicht schon bei Lebzeiten käuflich erworben wurden, oder von den Hinterbliebenen noch erworben werden, müssen an den Staat, der sie aus eigenen Mitteln beschafft und dem Beliehenen nur zu einem bestimmten Zwecke geliehen hat, zurückgegeben werden. Für Orden und Ehrenzeichen, die rückgabepflichtig sind, jedoch aus irgendeinem Grunde nicht beigebracht werden können, müssen die Erben für den dem Staate hierdurch entstandenen Schaden grundsätzlich aufkommen, indem sie der Staatskasse den Anschaffungspreis erstatten.

(Zum „silbernen" Sonntag.) Auch am kommenden Sonntag, dem sogenannten „Silbernen", sind die Geschäfte in Kamen von 13 bis 18 Uhr durchgehend für den Verkauf geöffnet. Für jeden Geschäftsmann ergibt sich somit die Notwendigkeit, daß aufmerksame Interesse aller Käuferschichten für seine Angebote zu erwecken. Man erreicht dies erfahrungsgemäß am besten, billigsten und erfolgreichsten durch Zeitungsinserate. Es empfiehlt sich, die „Kamener Zeitung" zu benutzen, die mit ihrer großen Verbreitung in Stadt und Land alle infrage kommenden Bevölkerungskreise erfaßt. — Anzeigen für die Sonnabend-Ausgabe, der besten Werbenummer für den verkaufsfreien Sonntag, erbitten wir bis spätestens Freitag mittag 12 Uhr, größere noch früher.

(Fällige Steuern.) Am 15. Dezember sind die Grundvermögens- und Hauszinssteuern nebst Gemeindezuschlägen fällig. Bei verspäteter oder ausbleibender Zahlung werden 10 v. H. Verzugszinsen und evtl. Kosten erhoben. Siehe auch Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil.

(Aufwertungsgelder für Kleinrentner.) Wie uns das hiesige Stadtwohlfahrtsamt mitteilt, ist der „Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfe-Organisationen" in Berlin aus Reichsmitteln ein Betrag zum Ankauf oder zur Beleihung von noch nicht fälligen Aufwertungsforderungen der Kleinrentner zur Verfügung gestellt worden. Der Ankauf oder die Beleihung solcher Forderungen kann geschehen, ohne daß die ausgezahlten Gelder für einen werbenden Zweck bestimmt sind. Voraussetzung ist jedoch die Unfähigkeit des Kleinrentners, seinen Lebensunterhalt aus eigenen oder fremden Mitteln zu bestreiten. Erwerbsunfähigkeit wird bei Männern nach Vollendung des 65., bei berufsungewohnten Frauen bei Vollendung des 55. Lebensjahres angenommen. Ferner muß Bedürftigkeit vorliegen. Auskunft über die näheren Bedingungen wird beim Städt. Wohlfahrtsamt Kamen, (Rathausanbau, 1. Obergeschoß) erteilt.

Eine unangenehme Ueberraschung erlebten heute früh eine ganze Anzahl Händler von auswärts, die nach Kamen zum Wochenmarkt gekommen waren, denn — der heutige Hauptwochenmarkt fiel wegen des kath. Feiertages aus. So standen dann die Händler erst einige Zeit wartend auf dem Marktplatz, um schließlich doch mit ihren Fuhrwerken wieder von dannen zu ziehen. Fällt der Markttag wegen eines Feiertages aus, so findet er nach der Marktordnung der Stadt Kamen stets am folgenden Tage statt. Wer die „Kamener Zeitung" liest, ist laufend und rechtzeitig über alles unterrichtet.

(Neue „Denkmäler" in Kamen.) Dieser Tage waren Arbeiter der Telegraphen-Bauabteilung der Reichspost damit beschäftigt, die durch unsere Stadt gelegten unterirdischen Kabel einer gründlichen Reinigung zu unterziehen. Recht unangenehm überrascht aber waren gestern sowohl Fußgänger wie verschiedene Geschäftsleute, als sie feststellen mußten, daß man den ganzen Dreck aus den Kabelrohren — und das war nicht wenig — einfach mitten auf die Straße geworfen und dort liegen gelassen hatte. So konnte man hauptsächlich am Markt, an der Bahnhofstraße und am „Geist", z. T. direkt vor den Eingängen naheliegender Geschäfte, diese Schmutz- und Erdmasse zu einem kleinen „Denkmal", einen üblen Geruch verbreitend, aufgetürmt beobachten. Etwas mehr Rücksicht auch in dieser Hinsicht sollte man doch erwarten können.

(Ein Stein des Anstoßes.) Der unmittelbar an der Ecke Kloster- und Bahnhofstraße liegende große Feldstein war die Ursache, daß gestern abend ein Unfall eintrat, der leicht schwere Folgen haben konnte. Gegen 22 Uhr wollte der Bergmann Wilhelm S. von hier in die Klosterstraße einbiegen, übersah aber in der völligen Dunkelheit den Stein und stürzte zu Boden. Er erlitt außer einigen Hautabschürfungen eine Wunde an der Stirn und eine Verstauchung des rechten Handgelenks. Hoffentlich wird dieser Stein, der keinerlei Zwecken dient, als nur dem, verkehrshindernd zu sein, baldigst von dort entfernt.

Eine Schlägerei fand gestern abend gegen 22 Uhr auf der Weststraße, Nähe Schützenhof, statt. Zwei aus einer Schenkwirtschaft kommende Männer, die schon nicht mehr ganz sicher auf den Beinen waren, gerieten in Meinungsverschiedenheiten, die bald zu Tätlichkeiten ausarteten. Dabei schlug der eine von ihnen dem anderen, Arbeiter August Sch. von hier, mit einem Spazierstock derartig über den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach und von Vorübergehenden nach seiner Wohnung geschafft werden mußte. Wer der Täter war, konnte nicht festgestellt werden.

(Unrecht Gut gedeihet nicht.) Einem Landwirt aus Oberberge wurde gestern nachmittag auf der Weststraße von seinem unbeaufsichtigt stehengebliebenen Fuhrwerk eine Pferdedecke gestohlen. Der Dieb, ein junger Bursche aus der Kämerstraße, wollte mit der Decke eiligst das Weite suchen. Beim Laufen verfing sich diese jedoch zwischen seinen Füßen, so daß er stolperte und hinfiel. Doch da hatte ihn auch schon der Landwirt erwischt, und ein paar tüchtige Ohrfeigen halfen dem Bengel wieder rasch auf die Füße.

Massen, 8. Dez. **Grober Unfug** wurde dem Bergmann Wilhelm W. von hier am Dienstag vor dem Unnaer Einzelrichter zur Last gelegt. W. hat in der Nacht zum 1. November durch Skandalieren und Zertrümmerung einer Fensterscheibe ruhestörenden Lärm verübt. Durch die herabfallenden Glasscherben wurde seine Ehefrau verletzt. Das Urteil lautete auf 6 Mk. Geldstrafe evtl. 2 Tage Haft.

Altenbögge, 8. Dez. **(Neuer Musiklehrer.)** Von der Pr. Regierung Arnsberg ist Herrn Heinrich Schäfer-Sandhage von hier die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht in Klavier, Violine, Theorie und Musikgeschichte erteilt worden.

Altenbögge, 8. Dez. **(Feierschicht.)** Auf hiesiger Zeche Königsborn III/IV mußte vorgestern wegen Auflegen eines neuen Förderseiles eine Feierschicht eingelegt werden.

Herringen, 8. Dez. **(Ein Achtzigjähriger.)** Gestern beging Schuhmachermeister Eberhard Schulte von hier sein 80. Wiegenfest. Trotz seines hohen Alters betätigt sich Herr Sch. noch rüstig in seinem Beruf und in der Landwirtschaft. Als 23jähriger machte er den Krieg 1870/71 mit. Dem Jubilar, dem 9 Kinder, 34 Enkel und 4 Urenkel gratulierten, möge noch ein recht gesegneter Lebensabend beschieden sein!

Herringen, 8. Dez. **(Anstellung einer Lehrerin.)** Die technische Schulamtskandidatin Frl. Agnes Vaßen von hier wurde durch Verfügung der Regierung, Abt. Schulwesen, in Arnsberg einstweilig angestellt.

Unna, 8. Dez. **Ein Collier-Diebstahl** wurde in einem hiesigen Goldwarengeschäft verübt. Als Täter konnte die Buffetfrau Elli Sch. von hier bereits von der Kriminalpolizei ermittelt werden. Sie hatte im Laden einen unbewachten Augenblick benutzt, um ein Collier im Werte von 90 Mk. verschwinden zu lassen. Der Diebstahl wurde sofort bemerkt. Das Collier konnte in der Wohnung der Frau Sch. beschlagnahmt und dann dem Juwelier zurückgegeben werden. — Unehrlicher Kostgänger. Einem Anwohner der Vinckestraße wurden aus einem Kleiderschrank ein schwarzer Marengo-Paletot, ein Anzug, ein Oberhemd, ein Selbstbinder und eine Lederbrieftasche mit 20 Mark Inhalt entwendet. Die Sachen haben einen Gesamtwert von 250 Mark. Als Täter kommt der bei dem Bestohlenen logierende Artur K. infrage.

Hövel, 8. Dez. **(Huhn und Motorrad.)** Auf der Bockumerstraße hierselbst lief einem Motorradfahrer plötzlich ein Huhn vors Rad. Der Fahrer verlor dadurch die Gewalt über das Fahrzeug und stürzte schwer. Er fiel dabei gegen einen Baum und wurde im Gesicht erheblich verletzt.

Lünen, 8. Dez. **Das 40jährige Dienstjubiläum** konnte der Bahnhofsinspektor Schöneshöfer vom Bahnhof Preußen feiern. Aus diesem Anlaß gingen ihm vom Reichspräsidenten v. Hindenburg und vom Generaldirektor der Reichsbahn, Dorpmüller, Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben zu.

Fröndenberg, 8. Dez. **(Fröndenberg lehnt die Biersteuer ab!)** Der Gemeinderat Fröndenberg tagte am Dienstag. Gemeinde-Vorsteher Werth verlas ein Schreiben, nach dem der Kreisausschuß am 24. November 1927 beschlossen hat, beim Kreistag zu beantragen, in den Gemeinden, die keine Biersteuer erheben, ab 1. Januar 1928 eine Kreisbiersteuer einzuführen. Den Gemeinden wird eine Frist gesetzt, in der sie sich erklären müssen, ob sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren oder jetzt bereit sind, die Biersteuer einzuführen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Vorlage!

Börsen und Märkte

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt vom 7. Dezember. Auftrieb: 785 Stück Großvieh, 256 Schweine, 72 Kälber. Der Handel war langsam. Es kosteten Kühe 325—740 Mk., Rinder 250—530 Mark. Einzelne Tiere wurden über Notiz bezahlt. Sämtliches zum Markt aufgetrieben gewesenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarken versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" und eine Nummer tragen. Es sind die Nummern 24 601 bis 26 401 ausgegeben worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es kosteten 6—8 Wochen alte Ferkel 10 bis 15 Mark, 8—10 Wochen 15 bis 25 Mark, 10—12 Wochen 25 bis 38 Mark. Der nächste Markt findet am 14. Dezember statt.

Dortmunder Getreidebörse vom 7. Dez. Es notierte in Reichsmark: inl. Weizen 25,50, inl. Roggen 25, pomm. Weißhafer 26, ausl. Weizen 29,75—32, ausl. Roggen 27—28, ausl. Hafer 25—26,50, Trockenschnitzel 13, ausl. Gerste 24—24,75, Plata-Mais 21,50—22, Cinquantinomais 22, Bäckermehl 35,50—36,50, Roggenmehl 36,50—37, ostdeutsches Roggenmehl 34,50—36, Weizenkleie 14,75—16, Zuckerschnitzel 17—17,25. Diese Preise sind Großhandels-Verkaufspreise und verstehen sich per 100 kg waggonfrei Dortmund in Ladungen von 10—15 Tonnen. Tendenz: Futtermittel und Futtergetreide fest, Brotgetreide ruhig.

Wie wird das Wetter morgen?

Wetterdienst der Wetterwarte Essen vom 8. Dezember.

Das Hochdruckgebiet über Skandinavien und Osteuropa hält noch stand, während sich das flache Tiefdruckgebiet über Frankreich weiter ostwärts über Süd- und Mitteldeutschland ausgebreitet hat. In Deutschland hat der Frost im allgemeinen etwas zugenommen, im übrigen herrschte im Osten ziemlich heiteres, sonst wolkiges oder trübes und überall trockenes Wetter. Die Morgentemperaturen lagen westlich der Oder zwischen Null und minus 4 Grad, östlich der Oder zwischen minus 4 und minus 11 Grad.

Wetteraussichten bis Samstag:

Meist trocken, bei wechselnder Bewölkung und wenig geänderten Temperaturen.

Dortmunder Rundschau

(Eine vom Unglück verfolgte Familie.) In der Familie des Zimmerhauers A. Sackschewski aus Altenderne, der in der Zeche „Gneisenau" zu Tode kam, ist das Unglück zu Hause. Vor einigen Jahren ist die Mutter und eine Tochter des S. im Kanal ertrunken. Später fand ein Sohn den Tod in der Lippe. Ein anderer Sohn kam bei dem Massenunglück auf „Minister Stein" ums Leben.

(Schüsse auf einen Kraftwagen.) Am 2. Dez. gegen 9 Uhr wurde ein durch die Baroperstraße in Richtung Möllerbrücke fahrender und mit mehreren Personen besetzter geschlossener Kraftwagen beschossen. Es wurden zwei Schüsse wahrgenommen, deren Einschläge an der Motorhaube deutlich sichtbar sind. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Dummenjungenstreich oder um ein Verbrechen handelt.

Westfalen a Rheinland

Hagen, 7. Dez. (Stillegungsanträge aus der Märkischen Kleineisenindustrie.) Im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Rheinisch-Westfälischen Hütteninduſtrie sind auch von einzelnen Unternehmen der Märkischen Kleineisenindustrie Stillegungsanträge gestellt.

Plettenberg, 7. Dez. Ein interessanter Beleidigungsprozeß des Großmeisters Mahraun und des Kanzlers Bornemann vom Jungdeutschen Orden gegen einen hiesigen Landmesser kam hier zum Austrag. Der Beklagte nahm die beleidigenden Ausdrücke, die er in einer gewissen politischen Erregung gemacht haben will, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Er erklärte ferner, keinen Grund zu haben, an den nationalen Absichten und der persönlichen Ehrenhaftigkeit der beiden Kläger zu zweifeln. Er übernimmt sämtliche Kosten.

Bochum, 7. Dez. (Hochverratsprozeß.) Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Schlosser Otto Hartmann aus Bochum wegen Vergehens gegen § 7 des Republikschutzgesetzes und Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Hartmann stand unter der Anklage, durch kommunistische Funktionäre und Obmänner des Roten Frontkämpferbundes Zersetzungsschriften unter die Schutzpolizei in Bochum verbreitet zu haben. Er war geständig und gab zu, die Zeitschrift „Der Schutzpolizeibeamte" verbreitet zu haben.

*

Eine Familie von vier Personen durch Gas vergiftet.

Köln, 7. Dez. In der Follerstraße wurden der 42jährige Schlosser Nay, seine 39jährige Frau und deren beiden Töchter im Alter von 18 und 15 Jahren durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Der Familie war im vorigen Jahre ein 20jähriger Sohn gestorben, was sich die Familie, besonders die Frau, sehr zu Herzen genommen hatt. Nach polizeilicher Feststellung hat die Familie Selbstmord verübt.

Aus dem Reiche

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung beantragt.

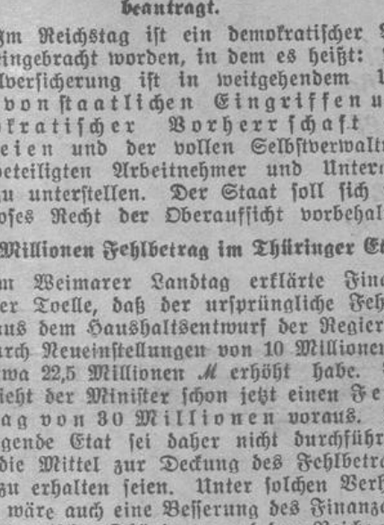
Im Reichstag ist ein demokratischer Antrag eingebracht worden, in dem es heißt: Die Sozialversicherung ist in weitgehendem Umfange von staatlichen Eingriffen und bürokratischer Vorherrschaft zu befreien und der vollen Selbstverwaltung der beteiligten Arbeitnehmer und Unternehmer zu unterstellen. Der Staat soll sich nur ein loses Recht der Oberaufsicht vorbehalten.

22½ Millionen Fehlbetrag im Thüringer Etat.

Im Weimarer Landtag erklärte Finanzminister Toelle, daß der ursprüngliche Fehlbetrag aus dem Haushaltsentwurf der Regierung sich durch Neueinstellungen von 10 Millionen ℳ auf etwa 22,5 Millionen ℳ erhöht habe. Für 1928 sieht der Minister schon jetzt einen Fehlbetrag von 30 Millionen voraus. Der vorliegende Etat sei daher nicht durchführbar, weil die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages nicht zu erhalten seien. Unter solchen Verhältnissen wäre auch eine Besserung des Finanzausgleiches zwischen Thüringen und dem Reiche nicht zu erwarten. Jedenfalls könne niemand für den Etat in der vorliegenden Form die Verantwortung tragen.

Keine neue Kandidatur Coolidges.

Präsident Coolidge erklärte, seine Mitteilung vom 2. August, daß er nicht für die Präsidentschaft im nächsten Jahre zu kandidieren wünsche, bestehe noch weiter. Niemand sollte sich zu der Annahme verleiten lassen, daß er seinen Entschluß geändert hätte.



Pilsudskis Ultimatum.
„Litauen gehört mir!" („Prawda").

Aus aller Welt

Ein D-Zug fährt auf einen Güterzug.

26 Personen verletzt.

Der Schnellzug Berlin—Dresden—Prag—Wien ist verunglückt. Beim Ausfahrtssignal vor der Station Siegmundsherberg fuhr der D-Zug in einen dort stehenden Güterzug hinein. Bei dem Zusammenstoß wurden 26 Personen leicht verletzt. Der Zugbegleiter Joseph Wolf aus Wien, dem beide Füße abgefahren wurden, ist gestorben.

Dr. Richard Strauß und seine Frau, die sich im Zuge befanden, blieben unverletzt. Alle Reisenden, mit Ausnahme einer Dame, die in das Hospital von Eggenburg gebracht wurde, konnten sich, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, nach Hause begeben. Vom Güterzug wurden vier Wagen vollständig zertrümmert und umgeworfen. Der Dienstwagen und ein weiterer Wagen des Güterzuges entgleisten. Der Lokomotivtender, Dienstwagen und ein Personenwagen des Schnellzuges entgleisten. — Der Unfall dürfte sich dadurch ereignet haben, daß der Güterzug infolge Maschinendefektes gezwungen war, auf der Strecke langsam zu fahren und der D-Zug erst im letzten Augenblick das Schlußlicht des voranfahrenden Güterzuges bemerkt hat.

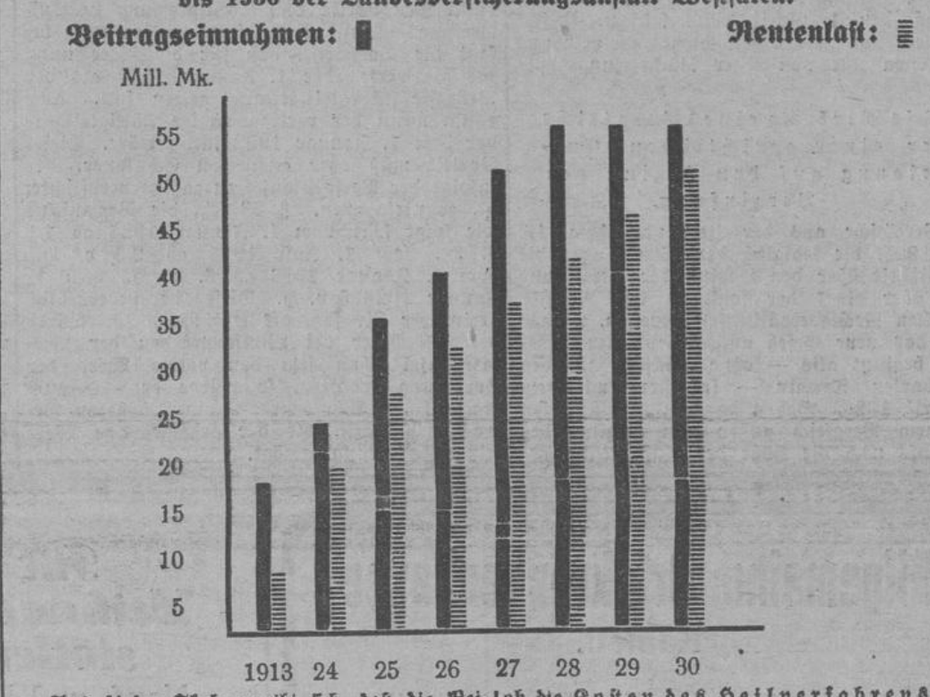
Die Leistungen der Invalidenversicherung

Vom Kapitaldeckungsverfahren zum Umlegeverfahren — Rentenzahlung aus Beitragseinnahmen — Verwaltungskosten 1% unter Reichsdurchschnitt.

Von der Landesversicherungsanstalt Westfalen wird uns geschrieben: Schon wiederholt haben wir unrichtige Darstellungen in der Presse über die Verwendung der Beitragseinnahmen berichten müssen. In der Regel wird die Behauptung aufgestellt, daß die Landesversicherungsanstalten für ihre Verwaltungskosten einen zu hohen Betrag verwenden. Kürzlich wurden wir gefragt, ob von den Beitragseinnahmen nicht ein zu geringer Teil den Rentenempfängern zugeführt würde, ob also die Renten nicht erhöht werden könnten. Tatsächlich sind noch im Jahre 1926 bei allen Landesversicherungsanstalten 80 Prozent der Beitragseinnahmen für die Rentengewährung aufgewendet, 8 Prozent dem Heilverfahren zugute gekommen, 6 Prozent für Verwaltungskosten aufgebraucht und der verbleibende Rest zu Rücklagen, und zwar zum größten Teil zu billigen Darlehen für den Bau von Arbeiterwohnungen verwendet worden. Im laufenden Jahre werden — infolge Erhöhung der Beiträge — für Renten weniger als 80 Prozent der Beitragseinnahmen erforderlich sein. Aehnlich wird es auch im nächsten, vielleicht auch noch im übernächsten Jahre sein, doch wird der Rentenanteil alsdann wegen des noch weiteren Ansteigens der Zahl der Rentenempfänger wieder steigen, sodaß bis zum Ablauf der gegenwärtigen Beitragsperiode im Jahre 1932 auch auf die Rücklagen aus den ersten Jahren dieses Zeitraumes (1927, 1928) wird zurückgegriffen werden müssen, um die Rentenausgabe decken zu können.

Folgende Skala über das Verhältnis zwischen Beitragseinnahmen und Rentenlast veranschaulicht diese Entwicklung bis zum Jahre 1930. Sie ist für das laufende Jahr und für die späteren Jahre aufgebaut auf den für die Beitragsfestsetzung maßgebend gewesenen Unterlagen. Die Angaben bis zum Jahre 1926 beruhen auf den tatsächlichen Rechnungsergebnissen.

Verhältnis der Beitragseinnahmen zur Rentenlast für die Jahre 1913, 1924 bis 1930 der Landesversicherungsanstalt Westfalen.



Aus dieser Skala ergibt sich, daß die Beitragseinnahmen im Jahre 1913 mehr als doppelt so hoch waren, wie die Rentenlast. Das hatte seinen Grund darin, daß damals das Kapitaldeckungsverfahren bestand. Diesem lag der Gedanke zugrunde, die in einem bestimmten Beitragszeitraum, der zehn Jahre betrug, entstandenen Ansprüche aus den in diesem Zeitraum angesammelten Beiträgen dauernd zu decken. Daher hatten die Landesversicherungsanstalten in der Vorkriegszeit große Vermögensbestände gebildet; bei der Landesversicherungsanstalt Westfalen waren es am Schlusse des Jahres 1914 rund 122 Millionen Mark. Wäre diese Entwicklung nicht durch den Krieg und seine schweren Folgen gestört worden, so hätten vermutlich die vorkriegszeitlichen Beitragssätze dauernd genügt. Nun ist aber durch die Inflation das Vermögen der Landesversicherungsanstalten fast ganz verloren gegangen und damit auch das Deckungskapital verschwunden, das aus der Beitragsleistung angesammelt war. Da aber durch gesetzliche Maßnahmen die Rentenansprüche voll aufgewertet, ja noch erheblich über den Friedensstand gebracht sind, so müssen die in Betracht kommenden Renten aus den einkommenden Beitragseinnahmen mit bestritten, d. h. etwa 75 Prozent aller Rentenempfänger müssen, weil ihr Deckungskapital verloren gegangen ist, jetzt von den Versicherten mit durchgezogen werden. Man mußte vom Kapitaldeckungsverfahren zum reinen Umlageverfahren übergehen, um die Beitragssätze in erträglichen Grenzen halten zu können. Bei dieser Entwicklung ist die Invalidenversicherung gewissen Gefahren ausgesetzt, die eintreten können, wenn während eines längeren Zeitraumes die Wirtschaftslage sich wesentlich verschlechtert und Arbeitslosigkeit in großem Umfange eintritt. Die Versicherungsanstalten müssen deshalb darauf bedacht sein, Reserven anzusammeln, um in schlechten Wirtschaftsjahren die Rentenzahlung aufrecht erhalten zu können. Doch kann das nur in geringem Umfange geschehen.

Seit Einführung der neuen Währung sind wiederholt Neubelastungen eingetreten, die ohne gleichzeitige Erhöhung der Beitragssätze nicht durchzuführen waren. Das ergibt sich auch aus der Skala, wenn man vergleicht, wie stark die Beitragseinnahmen und Rentenleistungen in den Jahren 1925, 1926 und 1927 gestiegen sind. Vom Jahre 1928 ab bleibt die Beitragseinnahme sich gleich, weil die gegenwärtigen Beitragssätze für die 5 Jahre von 1927 bis 1932 gesetzlich festgelegt sind. Die Rentenlast steigt dagegen weiter, wenn auch nicht in dem früheren Umfange. Vom Jahre 1932 an wird sie der Beitragseinnahme bedrohlich nahekommen, sodaß, wie schon erwähnt, die Rücklagen alsdann in Anspruch genommen werden müssen.

Denn neben den Pflichtleistungen hat die Versicherungsanstalt auch die freiwilligen Leistungen, nämlich das Heilverfahren zu pflegen, über dessen hohe volkswirtschaftliche Bedeutung wir kaum zu sagen brauchen. Auf die Frage, ob die Kosten des Heilverfahrens vielleicht zu hoch gehen, ist zu antworten, daß sie zur Zeit etwa 10 Prozent der Beitragseinnahmen ausmachen. Wir hoffen, eine weitere Steigerung vermeiden zu können, sind uns aber der Tatsache bewußt, daß ohne die umfassende Bekämpfung der Volkskrankheiten in der Art des Einzelverfahrens und der vorbeugenden Maßnahmen allgemeiner Natur das Ansteigen der Rentenlast noch weit schneller vor sich gegangen sein würde. Deshalb dürfen die Landesversicherungsanstalten in der Gesundheitsfürsorge für ihre Versicherten nicht nachlassen. Auch ein Stillstand würde hier Rückschritt bedeuten, ganz abgesehen davon, daß es schwer ist, zu entscheiden, in welchem Zweige der Gesundheitsfürsorge die Einschränkung des Heilverfahrens einzutreten hätte. Beim Einkehrheilverfahrens würde von der bisherigen Uebung, daß jeder vertrauensärztlicherseits empfohlene Fall in Behandlung zu nehmen ist, ohnehin nicht abgewichen werden können, und wenn wir in unsern umfassenden allgemeinen Maßnahmen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten nachließen, so könnten daraus Auswirkungen entstehen, die vom Standpunkt des Interesses der Gesamtbevölkerung bedauerlich wären. Alle caritativen Vereinigungen sind so sehr daran gewöhnt, in ihrer Volkswohlfahrtspflege von der Landesversicherungsanstalt unterstützt zu werden, daß sie durch eine Einschränkung unserer Unterstützungen in ihrer eigenen Arbeit vermutlich sehr nachlassen würden. Man denke hierbei nur an die Tuberkulosenfürsorgestellen, Gemeindekrankenpflegestellen, Fürsorgestellen für Alkoholkranke und an die ausgedehnte Kinderfürsorge ferner an die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Man wird daher verstehen, daß wir auf dem Gesamtgebiete des Heilverfahrens einen Rückschritt vermeiden möchten, solange uns die hierzu erforderlichen Geldmittel noch zur Verfügung stehen. Es ist zuzugeben, daß wir in Westfalen für das Heilverfahren größere Aufwendungen machen, als einige andere Landesversicherungsanstalten. Das hat zum Teil wohl darin seinen Grund, daß Westfalen hauptsächlich Industrieprovinz ist, in welcher die gesundheitlichen Schäden des Wirtschaftslebens stärker als in anderen Gegenden Deutschlands hervortreten. Diesen durch erhöhte Maßnahmen zu begegnen, ist notwendig, und es rechtfertigt sich, für die Beseitigung der durch den gesteigerten Wirtschaftsbetrieb hervorgerufenen stärkeren gesundheitlichen Schädigungen erhöhte Mittel aufzuwenden. Wer sich über die Ausdehnung des Heilverfahrens und die dafür aufgewendeten Mittel näher unterrichten will, sei auf den Verwaltungsbericht der Versicherungsanstalt für das Jahr 1926 verwiesen. Er gibt auch im übrigen Aufschluß über die Höhe der Rentenausgaben und der Aufwendungen für die gesamte Verwaltung. Was die letzteren betrifft, so bleiben wir mit rund 5 Prozent unter dem etwa 1 Prozent höheren Reichsdurchschnitt.

Wieder so viel Geisteskranke wie vor dem Kriege!

Stärkste Zunahme bei den Aufnahmen wegen Trunksucht.

Im Jahre 1925 wurden, wie die „Statistische Korrespondenz" (Preußisches Statistisches Landesamt) Nr. 40 vom 27. Oktober berichtet, in den preußischen Irren- und Nerven- und allgemeinen Heilanstalten insgesamt 143 539 Nerven- und Geisteskranke verpflegt (76 949 männliche, 66 590 weibliche). Damit ist der Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht: 1913 wurden auf 10 000 Einwohner rund 37, 1924 33, 1925 schon etwa 38 solche Kranke in die Anstalten aufgenommen. Das Statistische Landesamt bemerkt zu dieser sehr ernsten Tatsache: „Sollte sich das Bedürfnis nach Anstaltsaufnahme bei solchen Kranken für die nächste Zeit in gleicher Weise steigern wie in den letzten Jahren, so ist schon in absehbarer Zeit unzweifelhaft mit einem gewissen Platzmangel zu rechnen." Ueber den Anteil des Alkoholmißbrauchs an dieser sehr zum Nachdenken stimmenden Entwicklung ist der Korrespondenz zu entnehmen, daß die stärkste Zunahme wieder die wegen Trunksucht aufgenommenen Kranken zeigen, deren Zahl sich von 4867 im Jahre 1924 auf 6485, also um ein volles Drittel erhöht hat. Mit Ausnahme eines Rückgangs im großen Geldentwertungsjahre 1923 „ist deren Zahl in der Nachkriegszeit wieder in ständiger Zunahme begriffen und bleibt nur noch wenig hinter der des letzten Vorkriegsjahres zurück, wenn man die veränderten Gebiets- und Bevölkerungsverhältnisse berücksichtigt. Auf 100 000 Einwohner entfielen im Jahre 1913 rund 18—19, im Jahre 1925 etwa 17 wegen Trunksucht in diese Anstalten aufgenommene Personen."

*

„Gesundbeter"-Skandal in Werder.

In Werder an der Havel sind so zahlreiche Diphteriefälle ausgebrochen, daß auf Anordnung des Kreisarztes zwei Klassen der Schule geschlossen wurden. Bis jetzt sind 12 Erkrankungen polizeilich gemeldet, drei davon sind tödlich verlaufen. Zwei dieser gestorbenen Kinder, die zwei und acht Jahre alten Söhne des Steuersekretärs Fritz Paul, sind, als sie an Diphterie erkrankten, nicht von einem Arzt behandelt worden. Man vermutet, daß auch hier eine unheilstiftende Sekte von Gesundbetern am Werke war. Ein Arzt wurde erst hinzugezogen, um den Totenschein für den einen Knaben auszufüllen. Als der Arzt den anderen Sohn zu sehen verlangte, sagten die Angehörigen, dieser sei gesund. Der Arzt bestand auf seiner Forderung, und er fand ein mit dem Erstickungstode kämpfendes Kind. Der Kreisarzt hat sofort eine polizeiliche Untersuchung angeordnet.

*

Fünf Kinder in brennendem Hause eingeschlossen.

In Grainet (Bayerischer Wald) war im Hause eines Gürtlers ein Brand ausgebrochen. Fünf Kinder, darunter ein Wiegenkind, waren in der Wohnstube, deren Tür von innen verriegelt war. Die Mutter, die selbst schwer verletzt wurde, versuchte, ihre Kinder den Flammen zu entreißen. Sie konnte aber nur vier, die alle lebensgefährliche Verletzungen erlitten, retten, während das letzte ein Opfer der Flammen wurde. Der Brand brach dadurch aus, daß die Kinder Benzin auf die heiße Ofenplatte gegossen hatten.

*

Zwei Kinder bei einem Brand erstickt.

In Freiberg bei Adorf brach in einem kleinen zum Rittergute gehörigen Hause Feuer aus. Die zur Hilfe herbeigeeilten Leute fanden die beiden vier und sechs Jahre alten Kinder einer Kriegerwitwe erstickt in den Betten auf. Die Mutter war bei Ausbruch des Feuers in der Tenne beschäftigt.

*

Brandkatastrophe in einem Gasthaus.

In Williamson (West-Virginia) sind bei einem Brande in einer Pension acht Personen ums Leben gekommen. Das Gebäude wurde vollständig eingeäschert.

*

— **Die Diebesbeute in der Klavierkiste.** Vor einigen Tagen wurden bei einer Berliner Speditionsfirma zwei Kisten aufgegeben, die angeblich 15 Zentner „Textilwaren" enthalten sollten. Da die Vermutung nahelag, daß die Waren aus Geschäftseinbrüchen stammten, benachrichtigte der Spediteur die Polizei, die sofort den Inhalt der Kisten — Rohleder, Tabak und Stoffe aller Art — beschlagnahmte und den „Besitzer" der Waren, einen gewissen Paul Heckmann, verhaftete. Bei seiner Vernehmung stellte sich heraus, daß er wegen Eisenbahnberaubung mit 4½ Jahren Zuchthaus vorbestraft und erst vor kurzem entlassen worden war. In einem kleinen Orte bei Bremen hatte er sich eine Klavierkiste gebaut, die er mit der Bahn nach Berlin bringen ließ. Nach ihrer Ankunft verschaffte er sich Eingang in die Speditionsräume des Lehrter Bahnhofs und plünderte dort mehrere Frachtstücke aus. Die Diebesbeute brachte er in der leeren Klavierkiste und in einer anderen Kiste, die er sich an Ort und Stelle zusammennagelte, unter. Alsdann ließ er die Kisten zu dem Spediteur bringen, der sie dann mit der Bahn „in die Provinz" schaffen sollte. Durch die Vorsicht der Speditionsfirma konnte jedoch der raffinierte Diebstahl noch rechtzeitig aufgedeckt werden.

— **Furchtbares Adlermorden in Alaska.** Wie eine Uebersicht besagt, sind in den Jahren 1917 bis 1923 nicht weniger als 17 816 Adler in Alaska abgeschossen worden, von 1917 bis zum September 1926 sogar insgesamt 23 996, im Zeitraume von zehn Jahren also 41 812. Das sind Ziffern, die erschüttern. Es ist danach wohl die Fragae gestattet: Wer schädigt eigentlich die Natur in höherem Grade? Der Mensch oder der Adler? Unter diesen Verhältnissen braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn einer solchen Erbarmungslosigkeit vielleicht schon in absehbarer Zeit der letzte Adler anheimgefallen sein wird.

Parteien und Verbände

Stegerwald zur Besoldung.

Auf einer Vertrauensmännerversammlung der Münsterischen Zentrumspartei hielt der Reichstagsabgeordnete Stegerwald eine Rede, in der er eingehend auf die Frage der Beamtenbesoldung einging. Stegerwald wies darauf hin, daß nach seiner Ansicht die Reichsregierung die Folgen ihrer Aktion weder nach innen noch nach außen ausreichend übersehen habe. Das Reich selbst könne zwar ohne Schwierigkeiten seinen Beamten die geplanten Zulagen geben, aber Länder, Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost könnten das nicht ohne Steuer- und Tariferhöhungen. So sei aber jetzt eine Situation entstanden, in der die Sozialdemokratie den Beamten alles geben, eine Aktion mit einem Kostenaufwand von einer Milliarde zugunsten der Invalidenversicherung und dazu im Lande eine Lohnbewegung großen Stils durchführen wollte ohne Rücksicht auf die wirtschaftspolitischen Folgen. Dieser sozialistische Weg führe schnurstracks in eine

Finanzkontrolle durch die Entente.

Den sozialistischen Weg könne also keine verantwortungsbewußte Parlaments-Mehrheit gehen. — Die Rechtsparteien wollten den Beamten alles geben, aber keine Rückwirkungen auf anderen Gebieten anerkennen. Für das Zentrum gelte folgendes: Früher habe ein geflügeltes Wort gelautet: „Die Zentrumspartei wird agrarisch sein, oder sie wird nicht sein." Heute treffe das Wort stärker zu: „die Zentrumspartei und der deutsche Katholizismus werden sozial sein, oder beide werden nicht sein." 35—40 v. H. aller Wähler der Zentrumspartei seien Arbeiterwähler. Die christliche Arbeiterpartei übe in der Zentrumspartei bestimmt keine Diktatur aus, aber es gelte für Deutschland die Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden.

Aus der Welt der Technik

Ein drahtlos lenkbares Kriegsschiff für unsere Reichsmarine.

Das Linienschiff „Zähringen" wird zu einem drahtlos lenkbaren Zielschiff umgebaut, das das erste der Welt ist. Das ehemalige Linienschiff „Zähringen" wird damit eine bedeutsame Neuerung in dem Marinewesen darstellen. Es wird dadurch eine ganz neue Möglichkeit geschaffen, den Flotten bei Schießübungen ein Ziel zu gewähren. Die drahtlose Uebermittlung von Energie bildet somit einen ganz modernen Ersatz der bisherigen schwerfälligen Art der Fortbewegung von Zielschiffen durch Schlepper. Auf diese Weise hat sich der drahtlosen Telegraphie ein ganz neues Wirtschaftsgebiet eröffnet. Die Versuche, durch drahtlose Uebermittlung von Energie Schiffe zu lenken, sind nicht neu. Schon vor dem Kriege erregten Versuche Aufsehen, die auf dem Wannsee bei Berlin mit einem drahtlosen Fernlenkboot gemacht wurden, da hier zum ersten Male ein völlig besatzungsloses Schiff mit Hilfe der drahtlosen Uebertragung von Energie nach allen Richtungen gesteuert werden konnte. Es handelte sich dabei um eine Erfindung des Lehrers Christoph Wirth aus Nürnberg, der mit Hilfe der „Teledynamik" — wie er sein neues System nannte — Gegenstände auf weite Entfernungen bewegte.

Wirtschaft u. Handel

Fried. Krupp A.-G.

Geschäftsabschluß 1926/1927.

Die Generalversammlung der Fried. Krupp A.-G. genehmigte den Geschäftsabschluß 1926/27. Die Fried. Krupp A.-G. schließt ihre Geschäftsjahr 1926/27 mit einem Betriebsüberschuß von 42.7 Millionen Mark gegen 33 Millionen Mark im Vorjahr. Hinzu kommen noch verschiedene Einnahmen in Höhe von 6.6 Millionen. Dagegen belaufen sich die Steuern auf 12.4 Millionen, die Ausgaben für Angestellten- und Arbeiterversicherung auf 9 Millionen, die freiwilligen Wohlfahrtsausgaben auf 5 Millionen, verschiedene Ausgaben auf 9.9 Millionen R.M. Insgesamt erreichen die Ausgaben 36.3 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Gewinn von rund 3 Millionen Mark gegen einen Verlust von 2.1 Millionen Mark im Vorjahr. Aus dem Gewinn werden 3 Millionen zur Sicherung der Fürsorge für die Pensionäre bereitgestellt. Von der Ausschüttung einer Dividende wird abgesehen. 9 Millionen Mark werden für das in der Ausführung begriffene Neubauprogramm zurückgestellt. Der Rest von einer Million M wird auf neue Rechnung vorgetragen.

*

(Die amtliche Großhandelsindexziffer im Monatsdurchschnitt November.) Die für den Monatsdurchschnitt November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Vormonat um 0,2 v. H. von 139,8 auf 140,1 gestiegen.

*

Viehverkaufshalle Lehrte

Verkaufstag 6. Dezember 1927.

Auftrieb: 2368 Stück Ferkel und Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität): 6—8 Wochen alt 8—12 Mark, 8—12 Wochen alt 14—20 Mk.; Läuferschweine: 3—4 Monate alt 21—30 Mk., 4—6 Monate alt 31—50 Mk. Marktverlauf: Etwas belebter als bisher, im Durchschnitt mittelmäßig

Kunst u. Wissenschaft

(Der Maler Adolf Hengeler gestorben.) Professor Adolf Hengeler, der unter den älteren Münchener Künstlern zu den Bedeutendsten zählte, ist in München im Alter von 65. Jahren gestorben.

Zweifelsfragen zur Aufwertung.

Von Justizoberinspektor Fuchs-Neuß.

Kein Zweifel besteht darüber, daß es immer schwerer wird, sich im Labyrinth der Aufwertungsgesetzgebung zurecht zu finden, denn neben dem eigentlichen Aufwertungsgesetz sind nicht weniger als 24 Gesetze, Verordnungen und Erlasse zur Durchführung des Gesetzes ergangen. Ihnen gesellen sich die von den Ländern erlassenen Ausführungsbestimmungen an, deren Zahl für Preußen allein zur Zeit 32 beträgt. Mit der zuletzt ergangenen Novelle, dem Gesetz vom 9. 7. 1927, ist die Aufwertung in ein neues Stadium eingetreten. Das fast unübersehbare Gesetzesmaterial läßt überall Zweifelsfragen auftauchen. Einige Fragen sollen nachstehend behandelt werden.

1. Beginn der Verzinsung der unter Vorbehalt gelöschten Hypotheken.

Die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken beginnt allgemein mit dem 1. Januar 1925. Von dieser Regel macht aber § 28, Abs. 2 des Aufwertungsgesetzes eine Ausnahme durch die Bestimmung, daß Hypotheken, die infolge Aufwertung kraft Rückwirkung wieder eingetragen werden, erst mit dem Beginn des auf die Wiedereintragung folgenden Kalendervierteljahres zu verzinsen sind.

Trifft diese Vorschrift auch auf solche Hypotheken zu, die infolge Vorbehalts der Rechte wieder eingetragen werden?

Obwohl nach dem Wortlaut des Gesetzes diese Frage zu verneinen ist, stellten sich von vornherein maßgebende Kommentare (z. B. Mügel) auf den Standpunkt, daß unter diese Vorschrift auch die Vorbehaltshypotheken fallen, weil beide Arten hinsichtlich des Anmeldezwanges und der Wiedereintragung gleich behandelt werden. Diese Ansicht ist nunmehr indirekt durch das Gesetz vom 9. 7. 1927 bestätigt worden, denn der § 1, welcher als spätesten Zeitpunkt für den Beginn der Verzinsung den 1. April 1926 festsetzt, spricht allgemein von „einer gelöschten Hypothek" und nicht etwa nur von einer Rückwirkungshypothek.

2. Die Wirkung eines Vergleichs oder einer gerichtlichen Entscheidung auf den Beginn der Verzinsung.

Vergleiche aus der Zeit nach dem 14. Juli 1925, die lediglich den Streit oder die Ungewißheit über den Beginn der Verzinsung (oder über eines der sonst in der Novelle geregelten Rechtsverhältnisse) betreffen, werden durch das neue Gesetz aufgehoben: der Zinslauf beginnt also — ohne Rücksicht auf den vereinbarten Termin — spätestens mit dem 1. April 1926. Haben dagegen die Parteien in einem Vergleich außer dem Beginn des Zinslaufs noch die Höhe der Aufwertung geregelt, so bleibt der Vergleich in allen Teilen (also auch wegen der Verzinsung) bestehen. Anders ist es allerdings, wenn es sich um eine Kaufgeldforderung aus dem Jahre 1921 handelt, für diese ist nämlich in der Novelle die Aufwertung neu geregelt (400 bezw. 600 v. H., statt bisher 100 v. H.)

Das Gesetz sagt weiter, — und hier entsteht die Zweifelsfrage — daß die für Vergleiche gegebene Vorschrift auch für rechtskräftige Entscheidungen, die auf Grund des Aufwertungsgesetzes ergangen seien, gelte. Wenz vertritt in der Zeitschrift des Bundes Deutscher Justizamtmänner (1927 S. 370) die Ansicht: „Die Beschränkung, daß es sich lediglich um den Beginn der Verzinsung gehandelt hat, gilt für Entscheidungen nicht." Die gleiche Meinung hat Quassowski in der Juristischen Wochenschrift 1927 S. 1206. Anderer Meinung ist allerdings u. a. Schlegelberger (Anm. 6 zu § 17). Diese Frage ist einstweilen noch unentschieden.

3. Der Abzug des Zwischenzinses.

Bei vorzeitiger Zahlung des am 1. Januar 1932 fällig werdenden Aufwertungsbetrages kann der Schuldner einen Zwischenzins abziehen, der zur Zeit sieben v. H. beträgt. So hat z. B. eine am 1. Januar 1932 fällig werdende Aufwertungsforderung von 100 Gm. am 1. Dezember 1927 einen Barwert von 93,53 Gm.

Die Frage, ob der Zwischenzins auch dann abgezogen werden kann, wenn infolge unpünktlicher Zinszahlung das Kapital auf Grund der Verfallklausel fällig wird, war lange Zeit umstritten. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 15. 6. 1927 ist nun aber der Abzug des Zwischenzinses für zulässig erklärt worden. In gleichem Sinne hat auch das Reichsgericht am 13. 7. 1927 entschieden (Seite 569 Rechtsprechung in Aufwertungssachen). Nach dieser Entscheidung besagt die Vorschrift, daß für die Berechnung des Barwertes der 1. Januar 1932 als der „früheste Fälligkeitstermin" gelten soll, auch dann, wenn der vertragsmäßige Fälligkeitstag vor dem 1. Januar 1932 fällig wäre. Dieser Vorteil muß aber auch dem Schuldner, der infolge der Verfallklausel zu zahlen verpflichtet ist, zugutekommen. § 28 setzt die Verzinsung wie folgt fest: vom 1. Januar 1925 ab 1,2 v. H., vom 1. Juli 1925 ab 2,5 v. H., vom 1. Januar 1926 ab 3. v. H., vom 1. Januar 1928 5 v. H. Dieses ist ein erheblich geringerer Zinssatz, als jetzt üblich ist. Würde der Gläubiger bei Wirksamwerden der Verfallklausel schon jetzt den vollen Wert der Forderung erhalten, so würde er — zum Nachteil des Schuldners — einen höheren Betrag empfangen, als der gegenwärtige Wert seiner Forderung beträgt.

Spiel/Sport/Turnen

Glänzende Leistungen beim Turner-Hallensportfest.

Das am Sonntag ausgetragene Hallensportfest der brandenburgischen Turner in der neuen Ausstellungshalle am Berliner Kaiserdamm erfüllte in jeder Beziehung die Erwartungen. Aus der Reihe der bereits vor den Hauptkämpfen zur Entscheidung gebrachten Wettbewerbe verdienen vor allem der Jugendhochsprung, bei dem der Sieger Sieg (Schöneberger T.S.V.) mit 1,70 Meter die Leistung im Männerhochsprung erreichten und bei dem noch vier weiteren Springer über 1,60 Meter kamen. Beim 1000-Meter-Lauf übernahm der D.T. Meister Wichmann sofort die Führung, die er unbedrängt von Runde zu Runde vergrößerte, um zum Schluß mit 25 Meter Vorsprung in der guten Zeit von 2:35 vor Neumann IV (A.T.V.-Berlin) und Pöhlicke (Tvg.-Weißensee) sicher zu siegen. Unter atemloser Stille traten dann Lammers-Oldenburg, Becker-Stendal, Hallmich (V.f.L. Berliner Lehrer), Scheibel, (Tgd.-Berlin), König (A.T.V. Berlin) und Füllgrabe (Turnsport Eintracht) zum 100-Meter-Männerlauf an. Lammers gewann mit guten 5 Metern in der für die Halle vorzüglichen Zeit von 10,7.

*

Kurze Sport-Rundschau.

Vor etwa 4000 Zuschauern fanden in der Stuttgarter Stadthalle wiederum Berufsfahrerrennen statt. Den Auftakt bildet ein Steherrennen hinter Motoren. Bordoni (Mailand) startete gegen Exrleben (Magdeburg.) Der Kampf bestand aus zwei Rennen. Das Verfolgungsrennen konnte der Italiener schon nach vier Minuten für sich entscheiden. Die 100 Kilometer gewannen Rütt-Mouton.

Auf der Pariser Winterbahn gelangten am Sonntag die klassischen Preise des Pariser Stadtrats für Flieger und Steher zur Entscheidung. Deutscherseits erschien der Kölner Paul Krewer am Start. Im Gesamtklassement mußte Krewer dem jungen Franzosen Sausin den Vortritt lassen. Alle drei Läufe wurden eine leichte Beute für Grassin.

Rundfunk-Mitteilungen.

Hörspiel-Preisausschreiben der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft.

Im Januar dieses Jahres hat die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft ein Preisausschreiben erlassen, das den Zweck hatte, weitere Kreise von Schriftstellern auf die Bedeutung besonderer Rundfunkspiele aufmerksam zu machen und den Gedanken des Hörspiels zu fördern. Obwohl annähernd 1200 Arbeiten eingereicht waren, hat sich das Preisgericht nicht entschließen können, einer der eingereichten Arbeiten einen Preis zuzuerkennen. Es hat das Hörspiel „Sturm über dem Pazific" von Dr. Oskar Möhring, Berlin, der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zum Ankauf empfohlen. Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft wird das bezeichnete Hörspiel ankaufen und behält sich vor, noch weitere Werke zu erwerben. Die für die drei Preise ausgesetzten Beträge wird die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft auf Vorschlag des Preisrichters in voller Höhe der „Schillerstiftung" und dem „Hilfsbund für deutsche Musikpflege" überweisen.

Allgemeine Ortskrankenkasse
Kamen.

Am **Freitag, den 9. d. M.,** bleibt die Kasse **wegen Umzug**

geschlossen.

Ab Samstag, den 10. Dezember, befindet sich die Kasse im Hause 4183

Lünenerstr. 244.

Kamen, den 7. Dezember 1927.

Der Vorstand: König, Vorsitzender.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, werde ich in Bergkamen bei dem Landwirt Herrn Wilhelm Darenberg, Heinrichstr., folgende anderweitig gepfändet und demselben in Verwahrung und Pflege gegebenen Gegenstände öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung versteigern: 4186

2 Bretterwagen, 1 Schlitten, 1 Handwagen, 2 Schweine, 4 Läuferschweine, 1 Planwagen, 1 Nähmaschine, 2 Stck. Pferdegeschirre für Sommerwagen, 1 Chaiselongue, 24 Stück Hühner.

Misch, Obergerichtsvollzieher, Kamen.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 9. Dezember, vormittags 11,30 Uhr, werde ich in Bergkamen an Ort und Stelle: 4187

2 Schweine von ca. 1 Ctr.

und **nachmittags 3 Uhr** an Ort und Stelle:

1 Personenkraftwagen

öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Käuferversammlung zu 1) beim Wirt Kraft, zu 2) beim Wirt Schulze-Bergkamen.

Misch, Obergerichtsvollzieher, Kamen.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 9. Dez., nachmittags 2 Uhr, werde ich in Kaiserau beim Wirt Acker:

1 Posten Seife, Kölnischwasser, Tabak und Zigaretten

öffentlich, meistbietend gegen bar versteigern. 4188

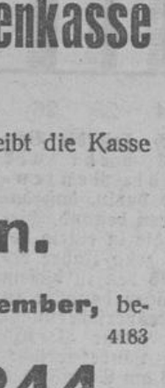
Schuliebrancks, Gerichtsvollzieher.

Städt. Bühnen Dortmund.

Freitag, den 9. Dez.

Stadttheater
20 — geg. 23 Uhr
Auß. Vorm.
Zugleich Vorstellung der Theatergemeinde, Serie 8
Mignon.

Burgwalltheater
20 — 22¼ Uhr
Hurra — ein Junge.



Bei Husten, Asthma und Verschleimung 4185
Husta-Glycin
ist deine Rettung.
⅓ Fl. 1.—, ½ Fl. 1.75 Mk.
erhältlich Drog. **Klinkmann.**

Mehrere Zentner
Heu
zu verkaufen. 4184
Ignaz Kemna,
Dortmunderstraße 25.



Tüchtige Gehilfin
gesucht. 4191
Frau Schiemann, Damenschneiderei,
Husen bei Kurl,
Wickedestr. 33.

Freundlich **möbl.**
Zimmer
mit voller Pension an 2 Herren zu vermieten.
Lünenerstr. 12.

Anzeigen in der Kamener Zeitung haben Erfolg

Steuertermin.

Es wird darauf hingewiesen, daß am 15. 12. die Grundvermögens- und Hauszinssteuer nebst Gemeindezuschlägen fällig und bei verzögerter Zahlung 10 Proz. Verzugszinsen und evtl. Kosten erhoben werden. 4190

Kamen, den 6. Dez. 1927

Stadtkasse.

Nr. 287
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Donnerstag,
den 8. Dezember 1927.

„Die kleine" Landgemeindeordnung.

Aus dem Preußischen Landtage.

Der Landtag beschäftigte sich in erster Lesung mit dem von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzesantrag, der einen Teil der Landgemeindeordnung vorweg regeln will, nach dem die Beratung der ganzen Landgemeindeordnung durch wiederholte Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit des Landtages sich zur Zeit als undurchführbar erwiesen hat. Der Antrag der Regierungsparteien sieht die Möglichkeit der Eingemeindung, die Auflösung der Gutsbezirke, Umgestaltung der rheinischen Landbürgermeistereien usw. vor. — Die Vorlage wurde dem 21. Ausschuß, der sich mit der Verwaltungsreform befaßt, überwiesen. — Die Vorlage über die Aufrechterhaltung von Teilen des Verwaltungsvereinfachungsgesetzes vom 13. Mai 1918 wurde gleichfalls der Ausschußberatung überwiesen. — Nach Erledigung verschiedener Anträge vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Auf dem Wege zum Ost-Locarno?

Wie man es nun schon von früheren Genfer Tagungen her gewohnt ist, treten die eigentlichen Verhandlungen des Völkerbundsrats mehr und mehr in den Hintergrund gegenüber den privaten Besprechungen, die zwischen den leitenden Staatsmännern stattfinden.

Wie schon gemeldet, sind die Verhandlungen zwischen Chamberlain und Litwinow vollkommen ergebnislos verlaufen. Obgleich sie unter vier Augen stattfanden, sind doch Einzelheiten durchgesickert. Danach soll Chamberlain verlangt haben, daß die Sowjetregierung nicht nur in allen englischen Ländern, sondern auch in allen Gebieten, die die Interessenzonen Großbritanniens sind, jede

kommunistische Propaganda

aufgibt. Demgegenüber hat sich Litwinow hinter der Behauptung verschanzt, daß diese Propaganda von der Kommunistischen Internationale (Komintern) ausgeht, für deren Arbeit die Sowjetregierung nicht einstehen könne. Es ist klar, daß sich Chamberlain auf diese etwas gewagte Beweisführung nicht einlassen konnte. Mit dieser Erklärung Litwinows war daher die Verhandlung auf dem toten Punkt angelangt.

Zwischen Polen und Litauen sind immer noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Vom deutschen Standpunkt aus muß noch auf einen besonderen Gefahrenpunkt hingewiesen werden. Briand scheint den

Wilnastreit

dazu benutzen zu wollen, um wieder auf seinen Lieblingsgedanken eines „Ost-Locarno" zurückzukommen. Man wird es natürlich nicht so nennen, und Briand wird vielleicht seinen Plan auch nicht einmal durchsetzen wollen. Aber schon der erste Schritt auf diesem Wege ist gefährlich. Daß es für Deutschland kein Ost-Locarno geben kann, darüber sind sich bei uns alle Parteien einig. Wir können nicht auf eine Revision unserer unmöglichen Ostgrenze verzichten, und darum müssen wir darauf bestehen, daß die Wilnafrage nicht mit Dingen verquickt wird, die nichts damit zu tun haben.

Ein- und Ausfuhrbeschränkungen.

Von der Genfer Ratstagung.

Der Völkerbundsrat hat einer Sitzung, auf deren Tagesordnung als wichtigster Punkt die Internationale Konferenz zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen stand, einen eingehenden Bericht des früheren holländischen Ministerpräsidenten Colijn entgegengenommen und die Vorschläge des Reichsministers Dr. Stresemann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für Wirtschaftsfragen ohne Debatte angenommen. Präsident Colijn bezeichnete als Hauptzweck dieser in der zweiten Oktoberhälfte abgehaltenen Konferenz die Wiederherstellung eines den Vorkriegsverhältnissen entsprechenden wirtschaftlich normalen Zustandes. Nur Verbote, die dem Schutz höherer Interessen, wie der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit von Tieren und Pflanzen usw. dienen, sollten zugelassen bleiben. Wegen der mannigfaltigen und großen Hindernisse, so führte Colijn weiter aus, war es jedoch nicht möglich, sofort alle Verbote aufzuheben. Es zeigte sich im Gegenteil als notwendig, gewisse Vorbehalte aufzunehmen, die zahlenmäßig gering, aber sachlich sehr bedeutend sind.

„Funkkrieg"

zwischen Deutschland und Polen.

Der polnische Sender in Kattowitz macht das Abhören des deutschen Senders in Gleiwitz unmöglich.

In Berlin haben Besprechungen zwischen Mitgliedern der Postverwaltung Gleiwitz und dem Reichspostministerium darüber stattgefunden, daß das Arbeiten der amtlichen Rundfunksender der polnischen Regierung in Kattowitz den Versuch mit dem deutschen Rundfunksender in Gleiwitz lahmlege. Der polnische Sender in Kattowitz arbeitet mit einer Stärke von 10 Kw., während der deutsche Sender mit einer Stärke von 1½ Kw. ausgerüstet ist. Der Krieg zwischen diesen beiden Anlagen hat vorläufig das Ergebnis gehabt, daß der polnische Sender vollständig den Sender von Gleiwitz übertönt, und daß sogar in Gleiwitz das Abhören des dort aufgestellten deutschen Senders nicht mehr möglich ist. Das Reichspostministerium hat schon vor einiger Zeit an das polnische Ministerium für Post und Verkehr ein Schreiben gerichtet und einen friedlichen Ausgleich in dieser Angelegenheit vorgeschlagen. In dem deutschen Brief wird der praktische Vorschlag gemacht, daß auch der Sender in Kattowitz seine Stärke auf 1½ Kw. herabsetzt und eine Regelung über die Sendezeit für Gleiwitz und Kattowitz so getroffen wird, daß man sich nicht mehr gegenseitig stört. Eine Antwort des polnischen Ministeriums ist bisher nicht eingegangen. Man hofft offenbar im Reichspostministerium, daß sich die polnische Regierung zu einem Einverständnis bereit erklärt, obwohl es sich herausgestellt hat, daß der polnische Sender in Kattowitz auch aus politischen Gründen mit der außerordentlichen Stärke von 10 Kw. arbeitet. In Kattowitz werden täglich sehr umfangreiche polnische Propagandameldungen gefunkt. Es wird auch der Versuch gemacht, kulturelle Propaganda und Wirtschaftspropaganda über den Kattowitzer Sender zu betreiben. Auch das Auswärtige Amt ist mit dieser Angelegenheit bereits bekannt, doch hat man sich dort entschlossen, zunächst die Antwort des polnischen Postministeriums abzuwarten.

Die Novemberübersicht des Reparationsagenten.

Nach der vom Bureau des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlichten Uebersicht über die verfügbaren Gelder und vorgenommenen Zahlungen vom Ende des dritten Annuitätsjahres bis zum 30. November 1927 wurden von dem verfügbaren Gesamtbetrag von 541 727 158.93 R.M, für Reparationszwecke 170 959 814.96 R.M in ausländischer Währung transferiert u. 220 018 115 R.M in deutscher Währung gezahlt. Im Monat November allein betrugen die entsprechenden Ziffern rund 120 Millionen, 67 Millionen und 56 Millionen. Der Gesamtbetrag der geleisteten Ueberweisungen betrug somit in den drei ersten Monaten des vierten Annuitätsjahres 390 977 929.96 und im Monat November rund 123 Millionen. Davon erhielten Frankreich rund 204 Millionen bezw. 58 Millionen, das britische Reich 78 bezw. 26 Millionen, Italien 23 bezw. 8.8 Millionen und Belgien 24.8 bezw. 9.8 Millonen.

Verzögerung der polnisch-litauischen Regelung?

Nach einer Besprechung zwischen dem italienischen Ratsmitglied Scialoja und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras in Genf rechnet man auf italienischer Seite mit der Möglichkeit, daß die Ratsverhandlungen zur Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes nicht so rasch zum Ende gebracht werden können, als noch vor 24 Stunden allgemein angenommen wurde. Von litauischer Seite wird erklärt, daß man im Grunde genommen noch am Anfang der Lösung des ganzen Problems stehe. Obwohl die Bereitschaft der litauischen Regierung zur Aufhebung des Kriegszustandes nicht angezweifelt wird, scheint Woldemaras dem von den Großmächten in Aussicht genommenen Verfahren nur unter bestimmten Bedingungen beizustimmen.

*

Kleine Nachrichten.

Der Reichspräsident ließ sich durch den Chef der Berliner Feuerwehr über Fortschritte zur Verhütung von Bränden berichten.

Aus dem Memeler Hafendienst wurden alle Memelländer, die dort tätig waren, entlassen.

Für den zum Botschafter in Washington ernannten Dr. v. Prittwitz und Gaffron ist der vortragende Legationsrat Dr. Smend zum Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Rom bestimmt.

Wie die „Innsbrucker Nachrichten" melden, wurde der Schriftsteller Otto Flake wegen seines in Südtirol spielenden „Sommerromans" aus Italien ausgewiesen.

Graf Zech ist zum Gesandten für die Niederlande ernannt worden.

Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" berichtet, daß der Kreuzer „Berlin" von Kiel nach Eckernförde kommandiert wurde, um den Prinzen Heinrich von Preußen abzuholen. Dieser habe an Bord die Mannschaft antreten lassen und eine Rede gehalten.

In Stockholm wurde ein schwedischer Offizier, Leutnant Norberg, unter dem Verdacht der Spionage für Sowjetrußland verhaftet.

Schwere Ausschreitungen ereigneten sich auf einem Kongreß rumänischer Studenten in Großwardein, die anscheinend von einer Gruppe magyarischer Kommunisten hervorgerufen wurden.

In Rumänien soll ein Pakt zwischen der Nationalpartei und der Bauernpartei gegen die Regierung Bratianu zustande gekommen sein.

In Bukarest wurde der Erbschaftsteilungsvertrag von allen Erben König Ferdinands unterzeichnet. Für den ehemaligen Kronprinzen Carol zeichnete ein Bevollmächtigter.

An Stelle von Walter Cooke ist vom 1. März 1928 ab Franklin Cutcheon zum amerikanischen Beobachter in der Reparationskommission ernannt worden.

Wiederaufbau der deutschen Versicherung

Bestand der Lebensversicherung 9½ Milliarden R.M.

Der Reichsverband der deutschen Privatversicherung hatte in Berlin seine ordentliche Hauptversammlung.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

sagte: Sein Ministerium habe an der Privatversicherung ein großes Interesse. Ohne die Privatversicherung könne eine Volkswirtschaft nicht bestehen. Die große Bedeutung liege besonders in der Ansammlung von Spargeldern, die für die Realkreditversicherung notwendig sind. Es sei unerläßlich, eine großzügige Werbung in weitesten Kreisen der Bevölkerung durchzuführen. — Der Generaldirektor der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft und Vorsitzender des Reichsverbandes, Franz Schäfer, sprach über

Die Entwicklung der deutschen Privatversicherung seit dem Kriege:

Zum Verständnis der heutigen Lage ist ein Rückblick auf die Schäden notwendig, die der deutschen Privatversicherung durch den Krieg und den Währungsverfall entstanden sind. Der Krieg führte zum Verlust des sehr erheblichen Geschäftes und Vermögens in den Staaten, die sich mit Deutschland im Kriege befanden. Noch schlimmere Zerstörungen richtete der Zusammenbruch der deutschen Währung an. Versicherung ist ohne gesunde Währung nicht denkbar. Seit Wiederherstellung der Währung hat sich im deutschen Privatversicherungswesen ein Wiederaufbau vollzogen, durch den sehr beachtliche Ergebnisse erzielt wurden, wenngleich gegen den Vorkriegszustand noch viel zu tun bleibt und namentlich die Sachversicherungszweige unter dem vielfach ungünstigen Schadenverlauf und der Steigerung der Unkosten zu leiden hatten. Der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit, den Betrieb zu rationalisieren, suchen die Versicherungsgesellschaften Rechnung zu tragen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die in diesem Wirtschaftszweig in den letzten Jahren vorgekommenen zahlreichen und bedeutsamen Zusamamenschlüsse zu erörtern. Der Befürchtung, daß durch diese Bewegung der gesunde Wettbewerb ausgeschaltet werden könnte, wird entgegengetreten.

Eine private Statistik beziffert die Prämieneinnahme des Jahres 1926 der Privatversicherung auf 1,7 Milliarden R.M, also mehr als 80 Prozent des Vorkriegsbetrages. Das Jahr 1927 wird unzweifelhaft eine

weitere Annäherung an den Vorkriegsstand

bringen. Bei der Würdigung dieses Ergebnisses muß man allerdings die Aenderung des Geldwertes und die starken Verschiebungen innerhalb der einzelnen Geschäftszweige berücksichtigen. Für die Kapitalbildung gewinnt das private Versicherungswesen wachsende Bedeutung, ebenso für die deutsche Zahlungsbilanz, deren Aktivseite die Ausbreitung des Auslandsgeschäftes zugute kommen werde. — Ein Ueberblick über die einzelnen Versicherungsarten in den Nachkriegsjahren führt weiter zur Besprechung von Neuerscheinungen im Versicherungswesen und allgemeinen Problemen, insbesondere der Notwendigkeit ausreichender Rückstellungen, namentlich in Sachversicherungszweigen, für die das periodische Auftreten sehr ungünstiger Zeiträume charakteristisch ist.

Zwischen den öffentlichen und privaten Versicherungsunternehmungen ist auf Grund der Initiative des Reichswirtschaftsministeriums unter Teilnahme des preußischen Ministeriums des Innern ein Abkommen zustandegekommen, das bestimmt ist, Auswüchse des Wettbewerbs zu beseitigen und im Geiste gegenseitiger Verständigung den Weg zu einem schiedlich-friedlichen Nebeneinanderarbeiten der beiden Gruppen des deutschen Versicherungswesens zu ebnen. Das deutsche Versicherungswesen in seiner Gesamtheit leistet gemeinnützige Arbeit, wenn es die wirtschaftliche Aufgabe als sittliche Pflicht ansieht.

Der Generaldirektor der Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, Dr. Karl Sammer, sprach über den

Wiederaufbau der deutschen Privatversicherung:

Vor dem Kriege bot die deutsche Lebensversicherung das Bild einer mannigfaltigen, fortgeschrittenen Entwicklung. 27 Aktiengesellschaften und 17 Gegenseitigkeitsvereine, bei denen rund 16⅕ Milliarden Goldmark Kapital versichert waren, verfügten Ende 1913 über Rücklagen in Höhe von 5⅔ Milliarden Goldmark. Von den in der Gothaer Statistik für 1913 gezählten 17 privaten Gegenseitigkeitsvereinen waren in der bisherigen Gestalt noch zwei, von den 27 Aktiengesellschaften nur noch 15 im Jahre 1924 vorhanden. Heute beträgt die Zahl 38 Aktiengesellschaften und sechs Gegenseitigkeitsvereine. Die Aufwertung gibt den Lebensversicherungsgesellschaften einen kleinen Teil ihres einst stattlichen Vermögens zurück. Aus den rund 800 Millionen RM., auf die sich die Aufwertungsstöcke belaufen, dürften die Papiermarkansprüche auf etwa durchschnittlich 10—15 v. H. des Goldwertes aufgewertet werden können. Der Wiederaufbau, der schon 1923 unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten mit einem kleinen wertbeständigen Geschäft begann, brachte 1924 drei Milliarden, 1925 wiederum drei Milliarden, 1926 mehr als 2½ Milliarden neue Abschlüsse. Unter Berücksichtigung des vorzeitigen Abganges, der erhebliche Beträge ausmachte, ergibt sich für Ende 1926 ein Versicherungsbestand von 7 Milliarden RM. bei den privaten Lebensversicherungsgesellschaften, zu denen noch 1⅕ Milliarde RM. der 17 öffentlichen Anstalten hinzutreten. Für Ende 1927 wird der Bestand der deutschen Lebensversicherung auf etwa 9½ Milliarden R.M. oder rund 57 v. H. des Vorkriegsstandes geschätzt.

Das Mißtrauen gegenüber der neuen Reichsmark wurde immer mehr überwunden,

Ende 1926 lauteten bereits 63 v. H. aller Abschlüsse auf Reichs- oder Rentenmark. Heute wird auch wieder die Versicherung mit ärztlicher Untersuchung vorgezogen, die in den Inflationsjahren hinter der Versicherung ohne Untersuchung zurückgetreten war. Beispiele beweisen, welche Hemmnisse dem Wiederaufbau aus Täuschungsversuchen erwachsen. Die Beiträge konnten durch Erhöhung des Rechnungszinsfußes auf 4—4½ v. H. ermäßigt werden. Schon dieser Satz erscheint hoch, wenn man bedenkt, auf wie lange Sicht er dem Wesen der Lebensversicherung gemäß gelten muß. Die Beitragseinnahmen beliefen sich 1926 auf rund 350 Millionen gegenüber 710 Millionen im Jahre 1913. Das Deckungskapital betrug Ende 1926 rund 330 Millionen gegen 4⅘ Milliarden Ende 1913. Außerdem waren Ende 1926 187 Millionen weitere Rücklagen vorhanden. Die gegenwärtige gesetzliche Regelung, die neben den früher üblichen Werten in gewissem Umfange Anlagen in Grundstücken, Aktien deutscher Gesellschaften, kurzfristigen Forderungen und Industrieobligationen zuläßt, bietet eine gesunde Mischung von Anlagemöglichkeiten für das Deckungskapital. Da das Deckungskapital bei jungen Versicherungen niedrig zu sein pflegt, ist auch der Ertrag aus den Kapitalanlagen vorläufig noch gering."

Aus dem Reiche

Um die Senkung der Lohnsteuer.

Krach im Steuerausschuß.

Der Steuerausschuß des Reichstages behandelte den sozialdemokratischen Antrag über die Senkung der Lohnsteuer. Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium wünschte den Beginn der Beratungen bis auf die nächste Woche zu verschieben, da die Reichsregierung selbst eine Vorlage ausgearbeitet habe, die gegenwärtig dem Reichsrat vorliege. Es sei unmöglich, ein Gesetz im Reichstag zu beraten, das doch in erster Linie Angelegenheit der Länder und Gemeinden sei. — Es kam hierüber zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und dem Staatssekretär. Als der Ausschuß beschloß, zunächst nicht die Beratung der Senkung der Lohnsteuer vorzunehmen, erklärten die Sozialdemokraten und Kommunisten, sie würden an den weiteren Beratungen im Steuerausschuß nicht mehr teilnehmen, und verließen geschlossen den Saal.

Zur Abänderung der Ehescheidungsvorschriften.

Der Unterausschuß des Rechtsausschusses des Reichstages beschäftigte sich mit Anträgen zur Aenderung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Ehescheidung. Neben den demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen bildete in erster Linie ein vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses Abg. Dr. Kahl vorgelegter Antrag die Grundlage der Beratungen. Die Demokraten beantragten dazu einige Aenderungen. So soll festgestellt werden, daß, wenn die Ehegatten mindestens drei Jahre getrennt gelebt haben, jeder von ihnen auf Scheidung klagen kann und die Ehe wegen völliger Zerrüttung zu scheiden ist. Ueber diesen Antrag fand eine eingehende Aussprache statt, die aber noch zu keinem Ergebnis führte.

Thea Rasche als Friedensgesandtin.

Die deutsche Kunstfliegerin Theo Rasche aus Essen ist auf ihrem Fluge durch die Vereinigten Staaten in Begleitung Chamberlins in Chikago gelandet. Beiden wurde dort ein großartiger Empfang zuteil. Während Chamberlin als der kühne Ozeanflieger gefeiert wurde, der als erster amerikanischer Flieger deutschen Boden betreten habe, wurde Theo Rasche als Friedensgesandtin begrüßt, die es verstanden habe, die Gefühle der Amerikaner für Deutschland aufs neue zu wecken.



General Graf von Bothmer 75 Jahre alt.

Am 10. Dezember vollendet der in München geborene verdienstvolle General Graf Felix von Bothmer sein 75. Lebensjahr. Graf von Bothmer hat sich im Weltkriege besonders bei den Karpathenkämpfen und als Führer der 19. Armee bei der großen Offensive von 1918 im Westen hervorgetan.

Westfalen u. Rheinland

Salpetersäure aus Kohle.

Ein großer Erfindungsschwindel. — Ein Industriekonzern des Westens um 25 000 Mark betrogen.

Bochum, 8. Dez. Vor einigen Jahren trat der Chemiker Bender aus Potsdam an eine Zeche eines bedeutenden Industriekonzerns des Westens heran, mit dem Angebot auf Erwerb eines von ihm nach jahrelangen Versuchen erprobten Verfahrens, aus Kohle und atmosphärischer Luft Salpetersäure zu gewinnen. Das Verfahren habe er inzwischen durch Versuche derart ausgeprobt, daß es zur Verwertung in Großbetrieben geeignet sei. Die Zechenverwaltung trat mit dem juristischen Vertreter Benders, Syndikus Dr. Markgraf-Berlin, in Verbindung. In den Verhandlungen wurde ein Analysenbuch vorgelegt, aus dessen Eintragungen zu ersehen war, daß das bei den als ernsthaft angesehenen Versuchen kleinere und größere Mengen Salpetersäure gefunden worden seien. Die Versuche hätten ergeben, daß aus 1,6 Klg. Kohle 1 Klg. Salpetersäure gewonnen werden könnte. Die Verhandlungen führten schließlich zum Abschluß eines Vertrages, in welchem Bender 250 000 Mark für Ueberlassung und Verwertung des Verfahrens zugesprochen wurde, außerdem mehrere Sendungen Kohlen für auf 3 Monate anzustellende Versuche um weiteren Ausbau des Verfahrens. Für jeden dieser Monate sollte Bender 25 000 Mark erhalten. Für den ersten Monat wurde der Betrag auch ausgezahlt.

Die Zechenverwaltung ließ inzwischen Versuche über die Verwertung des Verfahrens im Zechenbetriebe anstellen, die aber völlig negativ verliefen. Man schöpfte Verdacht, die Verwaltung entsandte nun heimlich 2 führende Chemiker zu Bender nach Potsdam, die in Gegenwart Benders in dessen Laboratorium 4 Tage lang eingehende Versuche anstellten. Am 1. Tage wurde, um Bender sicher zu machen, bei den Versuchen kaum eine Kontrolle ausgeübt. Auffallend ergaben diese Salpetersäure. An den folgenden Tagen setzte seitens der Chemiker eine strenge Kontrolle ein, mit dem Erfolge, daß die zahlreichen Proben auch nicht die geringsten Mengen Salpetersäure aufwiesen. Die Chemiker kamen zu der festen Ueberzeugung, daß mit Hilfe betrügerischer Manipulationen seitens des Bender oder seines Laboratoriumsgehilfen Salpetersäure zugesetzt worden sein mußte. Die Zeche löste daraufhin den Vertrag.

Der Staatsanwalt Bochum erhob, wie die R. W. Z. mitteilt, Anklage gegen Bender wegen vollendeten Betruges. Das auch gegen den Laboratoriumsgehilfen, Schlosser Krüger, eingeleitete Strafverfahren wurde später eingestellt. Das erweiterte Schöffengericht Bochum verurteilte Bender wegen Betruges und erkannte mit Rücksicht auf das hohe Alter des Angeklagten auf eine Geldstrafe von nur 2500 Mark. Gegen dieses Urteil legte Bender Berufung ein, mit der sich die große Strafkammer des Landesgerichtes Bochum zu beschäftigen hatte. Der Berufungsverhandlung wohnten 2 Hochschulprofessoren als Kapazitäten auf dem Gebiete der Chemie bei. In der Verhandlung bekundeten die Chemiker der Zeche, daß sie bei den Versuchen in Potsdam wahrgenommen hätten, wie Bender dem Gehilfen Krüger einen geheimen Wink hinter ihrem Rücken gegeben habe. Ihnen fiel auch auf, daß die Versuchsgläser stark nach Salpetersäure rochen. Die beiden Sachverständigen erklärten in der Berufungsverhandlung, daß es sich um eine bewußte Irreführung der Zeche gegenüber gehandelt habe. Die Erfindung sei erdichtet, um nicht den richtigen Ausdruck zu gebrauchen, erschwindelt. Daß bei einzelnen Versuchen Salpetersäure aufgetreten sei, lasse sich erklären durch betrügerische Maßnahmen. Auch die Angaben in dem Analysenbuch seien als gefälscht anzusehen. Das Gericht beschloß, die Zeugen, Syndikus Markgraf und Gehilfen Krüger, nicht zu vereidigen wegen Verdachtes der Mittäterschaft. In der Verhandlung gab es noch eine weitere Sensation. Syndikus Markgraf mußte zögernd eingestehen, daß er weder Gerichtsassessor sei noch einen Dr.-Titel besitze. In vielen Schriftstücken und in mündlichen Verhandlungen hat er sich ohne Einspruch mit Gerichtsassessor Dr. Markgraf ansprechen lassen. Das Gericht kam zu der Verwerfung der Berufung. Es war überzeugt, daß es sich hier um einen seit langer Zeit geplanten und ausgeführten, gemeingefährlichen Erfindungsschwindel handele. Der Angeklagte Bender habe durch dieses Betrugsmanöver die Zeche täuschen wollen, um erhebliche Gelder einzustreichen. — Da die Staatsanaltschaft nicht auch Berufung eingelegt habe, sei das Gericht nicht in der Lage, auf eine weit empfindlichere Strafe zu erkennen, die diesem Schwindel gebühre.

*

Bochum, 8. Dez. **(Vor Schlichtungsverhandlungen im Revier.)** Der Reichsarbeitsminister hat den Metallarbeiterorganisationen mitgeteilt, daß, falls die am Mittwoch in Essen stattfindenden Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen scheitern sollten, als Schlichter Oberlandesgerichtsrat Jötten bestellt werden wird. Demnach hat sich die in einem Teil der Gewerkschaften vertretene Auffassung, daß nach Scheitern der Parteiverhandlungen, womit nach der Sachlage gerechnet werden muß, der Reichsarbeitsminister die Parteien zu Verhandlungen nach Berlin laden wird, als unrichtig erwiesen. Voraussichtlich werden unmittelbar nach dem ergebnislosen Verlauf der Parteiverhandlungen und zwar spätestens Donnerstag oder Freitag die Schlichtungsverhandlungen unter Vorsitz Dr. Jöttens stattfinden.

Gelsenkirchen, 8. Dezbr. **(Unterschlagung.)** Durch einen Beamten des städtischen Gaswerkes sind Unterschlagungen in Höhe von 6575 RM begangen worden. Der Schuldige ist geständig und erklärt, das Geld bei Rennwetten verloren zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit bereits in Händen.

Dorsten, 8. Dezbr. **(Die größte chinesische Münzsammlung Deutschlands im Dorstener Museum.)** Seit einigen Wochen hat das Missionsmuseum des Franziskanerklosters eine außerordentlich bedeutsame Bereicherung erfahren. Der ostasiatischen Abteilung ist die größte chinesische Münzsammlung überwiesen worden, die überhaupt in Deutschland besteht. Die Sammlung umfaßt auf 32 Tafeln 2558 verschiedene Münzen. Sehenswert ist auch eine neuerworbene Sammlung von chinesischen Amuletten, unter denen sich sehr hübsche Stücke chinesischer Kleinkunst befinden.

*

Zu den Vorgängen in Solingen.

Was der Verbandsausschuß des Ruhrsiedlungsverbandes sagt.

Essen, 8. Dez. Der Verbandsausschuß des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk hat sich in seiner Sitzung vom 6. Dezember 1927 eingehend mit den gegen den Verbandsdirektor Dr. Schmidt, seine Mitarbeiter und den Verbandsausschuß aus Anlaß der gutachtlichen Tätigkeit des Verbandsdirektors in der Eingemeindungsfrage Solingen erhobenen Angriffen beschäftigt. Dieser Prüfung hat das amtliche Material des Verbandspräsidenten zugrunde gelegen.

Der Verbandsausschuß ist einstimmig der Auffassung, daß dem Verbandsdirektor aus seiner gutachtlichen Tätigkeit kein Vorwurf zu machen ist. Er war zur Uebernahme eines entgeltlichen Gutachtens außerhalb des Verbandsbezirks berechtigt; der von ihm nicht geforderte Honorarbetrag von 20 000 Mk. ist im Hinblick auf die hervorragende Sachkunde des Gutachters und den Umfang der Arbeit nicht ungewöhnlich. Auch ist nach Lage der Umstände die ehrenamtliche Erstattung eines Gutachtens in derselben Angelegenheit auf Anregung des Ministers des Innern und die Annahme der als Anerkennung für eine sechsjährige ehrenamtliche Gutachtertätigkeit gedachte Schenkung einer Vase nicht zu beanstanden. Der Verbandsdirektor durfte annehmen, daß der Staatsregierung seine Gutachtertätigkeit im Auftrage der Stadt Solingen nicht unbekannt war; außerdem ging das Gutachten in seinen grundsätzlichen Ausführungen weit über den von der Stadt Solingen gestellten Fragenkreis hinaus. — Die Nebenbeschäftigung der Verbandsbeigeordneten erstreckte sich nicht auf Eingemeindungsangelegenheiten; sie war im übrigen geringfügig und erfolgte ausnahmslos mit Genehmigung des Verbandsdirektors bezw. des Verbandsausschusses. — Die Unterstützung der dem Verbande angehörigen Stadt- und Landkreise durch Aufstellung von Flächenaufteilungsplänen, Wirtschaftsplänen und Verkehrsplänen ist lediglich eine Verbandsaufgabe und als solche behandelt worden; die Vergütung dafür ist dementsprechend auch ausnahmslos und in vollem Umfang in die Verbandskasse geflossen. — Der Verbandsausschuß verwahrt sich entschieden gegen die Angriffe, welche gegen seine eigenen Gutachten in Eingemeindungsfragen erhoben worden sind. Der aus allen Interessentenkreisen des Bezirks, insbesondere den Stadt- und Landkreisen, den verschiedenen Wirtschaftsgruppen und politischen Parteien zusammengesetzte Verbandsausschuß ist sich bewußt, seine Gutachten in unantastbarer Unparteilichkeit erstattet zu haben.

Reichsbahn gegen Schnellbahn

Eine offene Kampferklärung.

Essen, 8. Dez. Die Reichsbahndirektion Essen hatte die Vertreter der Tagespresse zu einer Besprechung über die Absichten der Reichsbahn im Industriegebiet eingeladen. Wohl zum ersten Male bekannte die Reichsbahn offen Farbe in ihrer Stellungnahme zum Schnellbahnprojekt. Während es in dem offiziellen Bericht des Verwaltungsrates der Reichsbahn noch freundschaftlich heißt, daß nur die große Kapitalarmut Deutschlands den einstweiligen Ausbau der Schnellbahn verhindere, daß aber doch Vorsorge dafür in den Städtebauprogrammen und Planungen des Ruhrsiedlungsverbandes erwünscht wäre, damit in den kommenden Jahrzehnten der Durchführung des Schnellbahnplanes keine unüberwindlichen Hindernisse gegenüberständen, so war die Tonart in Essen bedeutend schärfer. Reichsbahndirektor Schweth machte der Studiengesellschaft den schweren Vorwurf, daß sie bei ihrem Vorgehen jede Objektivität vermissen lasse, während umgekehrt die Reichsbahn nicht den geringsten Widerstand gegen die Schnellbahn gemacht habe, zumal ihr jede Einflußmöglichkeit fehle. Nicht die Reichsbahn, sondern das Reichsverkehrsministerium und das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten hätten über den Bau oder Nichtbau der Schnellbahn zu entscheiden. Direktor Schweth kam dann auf die Hauptsache, auf den voraussichtlichen Wettbewerb der Schnellbahn zu sprechen. Er stellte hier fest, daß die Reichsbahn einerseits nicht den Abwanderungsverlust — brutto geschätzt auf 18 Millionen Mark, netto durch Einsparung aller Eilzüge auf höchstens einige zehntausend Mark — nicht entbehren könne und fügte weiter noch hinzu, daß die Reichsbahn diese Eilzüge auch nicht einlassen gehen könne. Direktor Schweth ging auf die Beschaffung der 300 Millionen Mark für das Projekt mit keinem Wort ein, gab aber dafür die überraschende Erklärung ab, daß man rücksichtslos auch die notwendigsten Eisenbahnbauten im Reich einstellen wolle, um das Rhein-Ruhr-Projekt durchzuführen. Herr Schweth erwähnte ferner kein Wort von der Möglichkeit, daß die Reichsbahn sich finanziell an dem Bau und dadurch an dem Ertrag der Schnellbahn beteiligen könne, und da im übrigen die bedeutendsten deutschen Verkehrstechniker, wie auch restlos sämtliche Stadtverwaltungen und Landkreise des Industriegebietes dem Schnellbahnprojekt größere Zukunftsmöglichkeiten zusprechen als der Reichsbahn, so läßt sich doch nicht mit einem Handstrich der Plan der Köln-Dortmunder Schnellbahn abtun, wie es die Direktion Essen gerne möchte.

Ueber die technischen Einzelheiten des Ausbauprogramms gab Direktor Schweth noch folgenden Bericht: Zwischen Köln und Dortmund entsteht eine neue zweigleisige Bahnverbindung im wesentlichen im Zusammenhang mit der vorhandenen Bahnverbindung Köln—Düsseldorf—Duisburg—Essen—Dortmund.

Zur zweckmäßigen Einführung in den Hauptbahnhof Köln wird die neue Verbindung zwischen Langenfeld und Küppersteg nördlich von Mülheim a. Rhein von der vorhandenen Stammstrecke Köln—Düsseldorf nach Westen abgezweigt, als selbständige, zweigleisige Strecke über den Rhein geführt und in Verbindung mit der vorhandenen Strecke Köln—Neuß in die Bahnanlagen von Groß-Köln eingegliedert.

Die zunehmende Bedeutung der Stadt Gelsenkirchen und ihre wachsenden wichtigen Verkehrsbeziehungen zu den Nachbarstädten Essen und Bochum weisen darauf hin, die neue Streckenverbindung von Essen an von der vorhandenen Berg.-Märk. Strecke abzulenken und über Gelsenkirchen nach Bochum zu führen, von wo aus die Fortsetzung der neuen Verbindung wiederum im Zusammenhang der Berg.-Märk. Strecke bis Dortmund-Hbf. erfolgt. Die Verbindung Essen—Gelsenkirchen erhält von Kray-Nord an eine besondere, von der jetzigen getrennte westlich davon liegende Streckenführung zum Bahnhof Gelsenkirchen. Zu dem Ergänzungsplane der Reichsbahnverwaltung gehören zwei neue Nord—Süd-Verbindungen, die langgehegten Wünschen der Oeffentlichkeit entgegenkommen. Es sind dies die neuen Strecken Essen—Buer—Haltern— und Bochum—Herne Recklinghausen. Das Verkehrsgebiet von Gelsenkirchen wird an erstgenannte Nord—Süd-Strecke durch eine besondere Streckenverbindung zwischen Gelsenkirchen Hbf. und Buer-Süd angeschlossen. Die Stammanlagen des Eilzugverkehrs sowohl wie die neuen Strecken erhalten schienenfreie Wegeübergänge; Planübergänge im Bereich des Eilzugverkehrs kommen später überhaupt nicht mehr in Betracht. Bei den Umbauten werden gleichzeitig die für eine spätere Elektrifizierung notwendigen baulichen Ausgestaltungen vorgesehen. Bezüglich der Betriebsführung auf der neuen Stammanlage ist folgendes in Aussicht genommen: Auf dem Streckenabschnitt zwischen Dortmund und Bochum findet ein viergleisiger Richtungsbetrieb statt, auf der Strecke zwischen Bochum—Gelsenkirchen—Essen ein zweigleisiger Linienbetrieb, auf der Strecke zwischen Essen und Duisburg wiederum ein viergleisiger Richtungsbetrieb, auf dem Streckenabschnitt zwischen Duisburg und Langenfeld bei Mülheim a. Rh. ein viergleisiger Linienbetrieb, auf der Verbindungsstrecke über den Rhein nach Longerich ein zweigleisiger Linienbetrieb und auf dem Abschnitt Longerich—Groß-Köln ein viergleisiger Richtungsbetrieb. Die geschaffene neue Anlage dient so gut wie ausschließlich den Zwecken des Personenverkehrs.

Bezüglich des Güterverkehrs wird noch besonders festgestellt: Auf dem Streckenabschnitt Dortmund — Bochum rollt der Güterverkehr auf einem dritten Gleispaar und kommt mit dem später viergleisigen Personen-Richtungsbetrieb überhaupt gar nicht mehr in Berührung. Auf der neu geschaffenen Strecke Bochum—Gelsenkirchen ist Güterverkehr überhaupt gar nicht vorgesehen. Auf dem Streckenabschnitt Gelsenkirchen—Essen bewegt sich nur ein untergeordneter Lokal-Güterverkehr von wenigen Zügen täglich, die in die betriebsstillen Zeiten hineinverlegt werden. Hinsichtlich des Massengüterverkehrs werden die zwischenliegenden Bahnhöfe Rotthausen und Kray-Nord von der rheinischen Strecke und einer besonderen Zustellungsgleisverbindung (der alten Strecke Kray-Nord—Gelsenkirchen) bedient. Der Güter-Massenverkehr kommt sonach auch hier nicht in die Gleisanlagen des späteren Eilzugverkehrs. Zwischen Essen und Duisburg wird für die Durchführung der Güterzüge eine besondere neben den vier Richtungsgleisen des Personenverkehrs vorgesehene, teils eingleisige, teils zweigleisige Verbindung geschaffen, die es ermöglicht, den Güterverkehr aus dem Personengleisen ganz fernzuhalten. Auf der Strecke von Duisburg über Düsseldorf nach Langenfeld erfolgt der viergleisige Ausbau durch Angliederung einer neuen zweigleisigen Strecke an die vorhandene. Der Güterverkehr bewegt sich ausschließlich in dem alten westlichen Gleispaar und kann in seinem Umfang später bis auf wenige Lokal-Zugverbindungen eingeschränkt werden. Zur Bedienung des durchgehenden Güterverkehrs wird von den vorhandenen Güterverkehrs-Fernstrecken über Wedau und über Hohenbudberg weitestgehender Gebrauch gemacht. Abschließend ist daher bezüglich des Güterverkehrs zu sagen, daß die Personen-Verkehrsverbindung Köln—Dortmund später von jedem durchgehenden Güterzugsverkehr befreit ist, daß nur abschnittsweise ein untergeordneter Lokal-Güterzugverkehr in Frage kommt, der unschwer in die betriebsstille Zeit und in die vorhandenen Personenzugspausen eingeschoben werden kann. Es handelt sich um einige wenige Züge täglich. Den Bedürfnissen des Personenverkehrs ist damit für absehbare Zeit auch bei günstiger Weiterentwicklung Rechnung getragen, insofern die Leistungsfähigkeit der neuen Gesamtanlage frühestens in 30 bis 40 Jahren durch die Verkehrssteigerungen voll in Anspruch genommen ist. Eine weitergehende Fürsorge hält die Reichsbahnverwaltung jedenfalls heute noch nicht für geboten.

Die Gewohnheit der Oeffentlichkeit, die Ansprüche an die Reichsbahnanlagen an den Versprechungen des rhein.-westfäl. Schnellbahnunternehmens zu messen, erfordert ein kurzes Eingehen auf letzteres. Die Schnellbahn verspricht in ihrem Vorhaben einen durchgehenden Eilzugverkehr von ½stündigen Zeitabständen mit einer Verdichtung auf ¼stündige Zeitabstände während der Hauptgeschäftszeiten auf dem Teilabschnitt Duisburg—Dortmund. Die Gesamtzahl der hiermit für den Stammverkehr gebotenen Schnellbahnzüge ist damit zu etwa 120 Zügen im Streckenabschnitt Duisburg—Dortmund und zu etwa 80 Zügen im Abschnitt Duisburg—Köln anzunehmen. Die Leistungsfähigkeit der ergänzten Reichsbahnanlagen ermöglicht es, diese Zugzahl reichlich zu überbieten, und zwar neben den bereits vorhandenen und steigerungsfähigen Personenlokal- und -Fernverkehr. Dem Reisenden stellt die Reichsbahn sonach eine der Schnellbahn gleichwertige Häufigkeit der Reiseverbindungen zur Verfügung. In der Vielseitigkeit übertrifft das Angebot der Reichsbahn dasjenige der Schnellbahn zudem erheblich, indem der Reichsbahnbetrieb den Uebergang aus dem Eilzugverkehr der Stammstrecke auf die Seitenstrecken in weitestgehendem Maße erleichtert. Der Eilzugverkehr wird zur Erleichterung dieses Ueberganges in zweckmäßigster Form in den allgemeinen Verkehr eingegliedert. Diese Eingliederung in Lokal- und Fernverkehr wird sich als so wertvoll erweisen, daß auf einen Verkehr nach dem starren Fahrplan, wie ihn die Schnellbahn verspricht, kaum noch Wert zu legen ist (?). Die Eingewöhnung der Oeffentlichkeit in die von der Reichsbahn gebotenen Verkehrsmöglichkeiten wird dies bald erkennen lassen. Nichtsdestoweniger wird sich die Reichsbahn auch den Forderungen eines starren Fahrplans nicht verschließen, wenn dieser auf die Dauer sich als zweckmäßiger ergibt. Der starre Fahrplan als Entwicklungsziel bleibt im Auge behalten. Es ist noch auf die Frage der Fahrgeschwindigkeit einzugehen. Die Reichsbahn vermittelt den neuen Eilzugverkehr zwischen Köln und Dortmund nach Ausbau ihrer Anlagen mit einer Gesamtfahrzeit von etwa 118 Minuten. Sie rechnet dabei mit einer Geschwindigkeit von 100 Klm. auf der Strecke Köln—Duisburg und von 85—90 Klm. auf der Strecke Duisburg—Dortmund. Die Bedeutung hoher Fahrgeschwindigkeit wird zudem weit überschätzt. Für die Mehrzahl der Reisenden hat sie eine untergeordnete Bedeutung, da die mittlere Reiseentfernung ohnehin nur 20—25 Klm. beträgt, auf diese Entfernung ein namhafter Zeitgewinn nicht erzielt werden kann und außerdem dieser Zeitgewinn gegenüber den Zeitverlusten auf den vom Reisenden benutzten Nahverkehrsmitteln zwischen Wohnung bezw. Geschäftsstelle und den Bahnhöfen nicht ins Gewicht fällt. Eine wichtige Frage bildet die für den Streckenausbau in Aussicht genommene Zeitdauer. Die Entschließung des Verwaltungsrats vom 30. November d. J. sieht ein Zeitmaß vor, das einerseits abhängig ist von der Mittelbeschaffung, andererseits von der Entwicklung des Verkehrs (?). Heute schon werden diese Angaben benutzt, um gegen die Absichten der Reichsbahn in der Oeffentlichkeit Mißtrauen wachzurufen. Fest steht doch, daß die Bauausführungen den Notwendigkeiten des wachsenden Verkehrs vorangehen sollen. Die Reichsbahn selbst rechnet mit einer Verkehrssteigerung, die in etwa 10 Jahren die Leistungsfähigkeit der jetzt vorhandenen Anlagen erschöpft. Es kommt daher eine Bauzeit von etwa 8—10 Jahren von Anfang des Jahres 1928 an in Betracht.

\#

Münster, Minden u. Sauerland

Wenn Kinder auf Eisenbahnwagen herumklettern.

Eine interessante Reichsgerichtsentscheidung.

Neheim, 8. Dez. Am 17. September 1924 begleitete der damals 5 Jahre alte Herbert T. seinen zehnjährigen Bruder Heinrich auf die Haltestelle der Ruhr-Lippe-Kleinbahnen A.-G. in Neheim, wo Heinrich T. das für seinen Vater, den Eisenbahnoberschaffner bestimmte Mittagessen abgab. Während dessen kletterte der 5jährige Bruder mit anderen Kindern auf einen auf dem ersten Gleis stehenden Güterwagen und spielten darin. Als der auf dem zweiten Gleise stehende Personenzug abfuhr, sprang der Junge aus dem Güterwagen und geriet dabei unter den anfahrenden Personenzug. Infolge der erlittenen Verletzungen mußten ihm das rechte Bein unterhalb des Kniees und die Zehen des linken Fußes abgenommen werden. Für die Folgen dieses Unfalls wird die Beklagte vom Vater des Verunglückten in Anspruch genommen. Die Beklagte beruft sich auf höhere Gewalt und eigenes Verschulden des verletzten Jungen sowie seiner Eltern. Sie führt unter anderem aus, daß sie die Polizeibehörde von Neheim wiederholt und in regelmäßigen Abständen ersucht habe, gegen das Spielen der Kinder auf den Bahnanlagen Abhilfe zu schaffen. Eine völlige Absperrung der Haltestelle sei nicht möglich gewesen, die Beseitigung des zweiten Zugangs zum Bahnhof habe dem Treiben der Kinder bereits Einhalt geboten. Landgericht Dortmund und Oberlandgericht Hamm haben die Ansprüche des Klägers auf Ersatz der bisher entstandenen Heilungskosten und den Mehrverbrauch an Kleidungsstücken dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt und auch die Haftpflicht der Beklagten aus dem Reichshaftpflichtgesetz festgestellt. Auf die Revision der Beklagten hat das Reichsgericht (VI. Zivilsenat) das Urteil des Oberlandgerichts aufgehoben, soweit es die Ansprüche des Klägers außerhalb des Reichshaftpflichtgesetzes anerkennt. In diesem Umfange ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen worden. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen ist folgendes lehrreich: Soweit der Verletzte Ansprüche aus dem Reichshaftpflichtgesetz erhebt, ist die Revision unbegründet. Denn der Unfall hat sich zweifellos bei dem Betriebe der Eisenbahn ereignet, eigenes Verschulden des Verunglückten (damals 5jährigen Knaben) kommt nicht in Frage. Auch der Einwand, daß höhere Gewalt die Ursache des Unfalls sei, ist vom Oberlandesgericht mit Recht zurückgewiesen worden. Das Reichsgericht hat wiederholt angenommen, daß, wenn spielende Kinder von Straßenbahnwagen überfahren werden, höhere Gewalt nicht infrage kommt. Das Gleiche gilt für Kleinbahnen. Soweit aber inbezug der weitergehenden Ansprüche des Klägers das Verschulden der Beklagten von Bedeutung ist, liegt ein Mangel des landgerichtlichen Urteils darin, daß nicht angegeben ist, welche Maßregeln zur Verhütung des Unfalls von der Beklagten hätten getroffen werden sollen. Aber auch die Erwägungen, die das Oberlandesgericht zur Ausfüllung dieser Lücke anstellt, sind nicht frei von Unklarheit und Rechtsirrtum. Das Oberlandesgericht spricht von „örtlichen Veränderungen", welche die Beklagte hätte treffen müssen, ohne zu sagen, an welche Veränderung es denkt. War aber eine örtliche Veränderung, durch welche die Gefahr hätte beseitigt werden können, aus Betriebsgründen nicht möglich, so enthält es eine wirtschaftlich nicht erträgliche und rechtlich nicht aufrecht zu erhaltende Zumutung an die Beklagte, daß sie die Haltestelle habe durch Aufsichtspersonen besetzen oder begehen lassen müssen. Dabei ist verkannt, daß auch unbesetzte Haltestellen, wie sie auch bei der Reichsbahn vorkommen, einem Verkehrsbedürfnis dienen. Es muß vielmehr als ausreichend erachtet werden, daß das Bahnunternehmen für die Gefahrerhöhung, die mit dem Mangel einer Aufsichtsperson verbunden ist, gemäß dem Reichshaftpflichtgesetz haftet.

Feld/Hof/Garten

Wiesenpflege.

Die Wiesenpflege wird immer noch recht stiefmütterlich bedacht. Einmal bleibt wegen der anderen vielen Arbeiten nicht Zeit genug, sich um deren Kultur zu kümmern, dann wird auch die Notwendigkeit, an ihrer Verbesserung zu arbeiten, nicht immer eingesehen, wie es sein müßte. Da ist vor allem das Grundwasser, das durch Drainage oder durch Abänderung der Vorflutverhältnisse in seiner Höhe reguliert werden muß. Das Wasser dürfte sich nicht höher als 30 Ztmr. einstellen. Steht es dauernd höher oder tritt es sogar an die Oberfläche, so ist die unmittelbare Folge, daß die für die Verfütterung bekömmlichsten Nutzgräser schwinden und von den Sauergräsern überwuchert werden. Gleich nach dem letzten Schnitt im Herbst sollte auch der Kunstdünger mit Ausnahme von Stickstoff gegeben werden. Also Kainit, Phosphorsäure und Kalk im Herbst, Kalkstickstoff, Ammoniakalpeter usw. im Frühjahr und zwar vor der Egge. Eine zu reichliche Stickstoffdüngung, etwa durch Stallmist und Jauche, fördert aber, je nach den Umständen, auch wieder das Wachstum von Unkräutern, besonders der Doldenblütler: Wiesenkerbel, Hundspetersilie, Kälberkropf, Möhre, Schierling usw., die gegebenenfalls durch mehrmaliges Abschneiden vor der Blüte zu bekämpfen sind. Der Egge hat in etwa 14 Tagen das Walzen zu folgen, nachdem die Maulwurfshügel geebnet, die Moospolster und alte abgestorbene Horste gehoben sind, um dem Boden Licht und Luft zuzuführen und dadurch die Gräser zu kräftigem Wachstum anzuregen.

Das Unterpflügen der Gründüngung.

Immer wieder muß davor gewarnt werden, die Gründüngung im Herbst unterzupflügen. Es sprechen gegen dieses Verfahren eine Reihe von Gründen, deren Berechtigung nicht bestritten werden kann. Einmal wird man die Gründüngungspflanzen solange wie möglich wachsen lassen, denn bei günstigem Wetter setzen sie die Stickstoffsammlung bis in den Winter fort; es würde also Schaden bringen, wenn man sie vorzeitig unterbrechen wollte. Die frischen, grünen Massen lassen sich im Herbst häufig auch nur schwierig unterbringen; nachdem sie abgefroren sind, gestaltet sich die Unterbringung viel einfacher. Wird die Gründüngung im Herbst untergepflügt, so gestaltet sich ihre Zersetzung häufig so schnell und intensiv, daß erhebliche Mengen Stickstoff nutzlos in den Untergrund versickern und die Nachfrüchte, für welche dieser Stickstoff bestimmt war, im Frühjahr nicht mehr viel davon vorfinden. Unter der stehenden Gründüngung bleibt der Boden lockerer, da er von schweren Regengüssen nicht so zusammengeschlagen wird. Er nimmt deshalb auch im Winter mehr Feuchtigkeit in sich auf als kahl daliegender Boden, welcher viel früher und tiefer zufriert. Deswegen empfiehlt sich — wenigstens für alle leichteren Böden, welche ja für Gründüngung besonders in Frage kommen — das Unterpflügen im Nachwinter oder zeitigen Frühjahr. Anders liegt die Sache auf schwereren Böden. Hier muß das Unterpflügen im Spätherbst oder Vorwinter ausgeführt werden, damit der Frost den schweren Boden zermürbt. Man kann hier aber auch damit rechnen, daß der mit dichter Gründüngung bestandene Boden erheblich länger das Pflügen gestattet als kahler Boden. Auch ist auf schwerem Boden die Gefahr von Stickstoffverlusten nicht groß.

Der Anbau des Winterhafers

ist nur für das mildere Klima im Westen und Nordwesten unseres Vaterlandes zu empfehlen; für die übrigen Teile Deutschlands ist sein Anbau nicht ratsam. In diesen Gegenden überdauert der Winterhafer nur ausgesprochen milde Winter. Stärkerem Frost, namentlich wenn dieser die Saaten ohne Schneedecke trifft, fällt er fast regelmäßig zum Opfer. Der Winterhafer ist weniger wintersicher als empfindliche Weizensorten. Es wäre ja nun möglich, daß der Winterhafer durch fortgesetzte Züchtung im Lauf der Jahre wintersicherer gemacht werden könnte. Aber auch in diesem Falle wäre nicht ohne weiteres zum Anbau von Winterhafer zu raten. Wenn auch noch der Hafer ganz oder teilweise im Herbst bestellt werden müßte, würden wir die ohnehin schon zu arbeitsreiche Herbstzeit noch mehr überlasten, was unter allen Umständen zu vermeiden ist. Durch die Bestellung des Hafers im Frühjahr schaffen wir eine weit bessere Arbeitsverteilung.

*

Die Räude der Pferde

wird nach einer Anweisung von Prof. Alex Müller bekämpft, indem man dem kranken Tiere eine öftere Waschung mit Karbolsäure-Wasser zuteil werden läßt. Und zwar nimmt man zu zwölf Liter Wasser einen halben Liter Karbolsäure; dazu kommt noch etwas grüne Seife. Das Ganze wird gut verrührt und gekocht. Zu mindestens zweimal am Tage (am besten früh und abends) wird das Tier mit der in diese Flüssigkeit getauchten Kardätsche gewaschen. Wunde Hautstellen müssen jedoch mit Wasser nachgewaschen werden.

Förderung des Winterlegens.

Um das Eierlegen im Winter zu fördern, empfiehlt es sich, den Boden des Stalles möglichst hoch mit frischem Pferdedünger zu belegen und diesen festzutreten. Dadurch wird die Temperatur erhöht, und es entsteht eine wohltuende Wärme, die auch auf die Ablage der Eier günstig einwirkt. Legt man nun über die Düngerschicht etwa 25 Zentimeter hoch ein Lattengestell, auf welchem die Hühner ruhen können, so werden sie in der aufsteigenden Wärme, und wenn es draußen noch so frostig ist, kaum unter der Kälte leiden. Allerdings muß der Stall recht dicht sein, damit keine Zugluft entsteht und die Wärme nicht entweichen kann. Auch soll der Stall der Anzahl der Hühner entsprechen. Ein vom Schnee frei bleibender Scharraum muß sich dem Stall anschließen und das Schlupfloch offen bleiben, damit die Hühner je nach dem Einfluß der Witterung in demselben Schutz suchen können. Sorgt man nun noch für entsprechende Ernährung der Hühner, so darf man gewiß sein, daß die Tiere je nach der Rasse früh mit dem Legen einsetzen und auch den Winter über im Eierlegen nicht nachlassen.

Taubenhaltung im Winter.

Die Zucht der Tauben soll den Winter über ruhen, damit die Tiere im Frühjahr mit voller Kraft in die Zuchtperiode eintreten können. Täuber und Täuberin sind voneinander zu trennen, um jeden Trieb und Versuch zum Brüten zu unterbinden. Nachdem die zur Weiterzucht bestimmten Tiere ausgesucht sind, können die übrigen zum Verkauf ausgesetzt werden, um die Futterkosten zu vermindern. Nun tritt Ruhe im Schlag ein, und die Pflege erstreckt sich nur noch auf Reinhaltung des Schlages und Fütterung. Die Brutnester sind zu entfernen und einer gründlichen Reinigung und Desinfektion zu unterziehen, die auch auf den Schlag auszudehnen ist. An sonnigen Wintertagen können die Tauben in den Mittagsstunden kurze Zeit freigelassen werden. Gute und sachgemäße Fütterung ist in den Wintermonaten Hauptbedingung; denn zu knappe und einseitige Ernährung wirkt auf die kommende Brutperiode ungünstig ein.

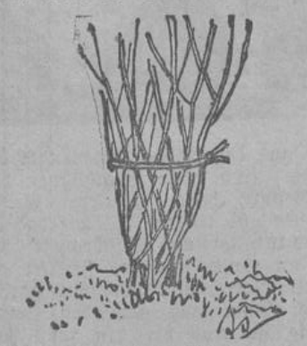
Kalk und Grit

darf auch den Winter über den Hühnern nicht fehlen, ebenso wenig Grünzeug. Kann den Hühnern kein freier Auslauf geboten werden, so ist das Futter entsprechend einzurichten mit Fleisch und Knochenmehl zu ver[illegible]nde Oktober haben die meisten Hühner abgelegt, sofern es sich nicht um Winterleger handelt. Die jungen Hennen fangen nun zu legen an, und da dürfen Kalkstoffe nicht fehlen. Alter Mauermörtel genügt; sonst gebe man phosphorsauren Futterkalk ins Weichfutter. Grit oder kleiner Kies müssen stets zugänglich sein; denn er fördert die Verdauung.

*

Frostschutz der Johannis- und Stachelbeersträucher.

Ein sehr einfacher, dabei wirksamer, zuverlässiger Frostschutz besteht im Zusammenbinden der Sträucher. Man legt irgend eine Schnur oder ein Strohseil um die Sträucher und schnürt die Bänder fest zusammen, so daß die Sträucher wie Reisigbesen dastehen. Diese Bänder werden erst gelöst, nachdem die Blüte und damit die Spätfrostgefahr vorbei ist. Der Schutz besteht darin, daß derartig behandelte Sträucher früher



austreiben. Die Ursache für diese merkwürdige Erscheinung ist bisher unbekannt. Jedenfalls aber sind die Sträucher zeitiger als sonst belaubt und das Laub gewährt der Blüte Schutz. Die Insekten, welche die Blütenstaubübertragung und damit die Befruchtung übermitteln, werden im Beflug nicht gehindert, weil die Zweige sperren und sie Lücken genug zum Durchschlüpfen finden. Dieses Frostschutzmittel hat den Vorzug nicht nur der Billigkeit, sondern auch den, schnell und für große Bestände durchführbar zu sein.

Frisches Gemüse auch während des Winters.

Bei der Ernte des Grün-, Rosen- und Wirsingkohles gibt es etwas zu beachten, was jetzt bezw. im Frühjahr bei den im Winter ohnedies steigenden Gemüsepreisen der Berücksichtigung wohl wert ist. — Wer sein Land nicht sehr nötig braucht, d. h. das, auf welchem z. B. der Grün-, auch Blätter- und Winterkohl bezw. der Rosen- und Spätwirsingkohl jetzt steht, sollte die Strünke stehen lassen, von denen er bereits den Hauptkopf abgeschnitten hat. — Alle drei Kohlarten treiben nämlich gegen Februar-März an den Stengeln kurze, grüne zarte Triebe nach, für die wir im Frühjahr sehr dankbar sein werden, zumal, wenn wir noch keinen Spinat oder anderes Grünzeug zur Verfügung haben. Daß Rosenkohlblätter, für sich gekocht, ein tadelloses Gemüse ergeben, dürfte bekannt sein.

Gekaufte Zimmerpflanzen

soll man während des Winterhalbjahres nie sofort ins geheizte Zimmer bringen, sondern stets erst in einen kühlen Raum, wenigstens soweit sie im Blumenladen gekauft sind. — Erst ganz allmählich sollen sie an die Wärme gewöhnt werden, denn gerade der rasche, ungewohnte Uebergang von der an sich meist kühlen Ladentemperatur zu der um das Doppelte und Dreifache gesteigerten Zimmerwärme verursacht eine plötzliche Veränderung in der Pflanze, die auf solche ungewohnte Verhältnisse naturgemäß reagieren muß. — Kommt dann noch übermäßige Feuchtigkeit oder Trockenheit dazu, dann sind gelbe Blätter, welkende Blüten, fleckige Blattspitzen, schlechte Wurzeln usw. die unausbleibliche Folge davon.

287. 1927.



Towe lille, die Taube von Rügen.

3. Fortsetzung. Roman von Emmy von Winterfeld-Warnow. (Nachdruck verboten).

Silva fühlte, daß sie noch viel, viel lernen müßte, um ihm folgen zu können auf seinen ehrgeizigen Wegen. Aber sie wollte ihm folgen, wollte ganz mit ihm gehen können in allen Dingen. Und sie bat: „Einen Präzeptor mußt du mir halten, Waldemar. Ich bin noch so ein dummes, kleines Schäfchen! Jomsburg nennt mich oft ihr zweites Schwanenweiß."

„Du bist nicht dumm, Towe! Du bist viel, viel klüger als alle die Frauen, die ich bisher kennen lernte. Du kannst schweigen! Ich hab's gesehen, als du zu deinem Pascha gingest in deiner Not. — Nicht einer Freundin, die so oft falsch ist, vertraust du dich an. Nur dem stummen Tiere klagtest du deine Not."

„Mein Pascha! Mein Pascha muß auch nach Gurre kommen, Waldemar!"

„Du sollst dein Pferdchen haben, Towe lille! Aber es wird bald zu klein für dich sein. Ich schicke dir einen herrlichen Araber, der zugeritten ist als Damenpferd. Und ihre Sänfte muß meine Towe auch haben. Ja, ja," lachte er, als sie widersprechen wollte, „es gibt Zeiten, wo man sich den Fuß verrenkt hat und nicht reiten kann."

Dunkel errötend barg das Täubchen den Kopf an seiner Brust.

Plötzlich schrak sie auf.

„Ich muß heim, Waldemar, sonst läßt mich die Nyborg ausklingeln als verloren gegangen."

„Meine Towe, daß du wieder lachen kannst! Wie war das Täubchen schmal und blaß und still geworden! Wie ist's mit der Nyborg? Willst du sie an deinen Hof?"

„Mein Hof?" lachte Silva.

„Ja, dein Hof! Du sollst deine Hofhaltung haben wie jede Königin. Bist du nicht meine Königin? Und wenn uns der Papst seine Exkommunis gibt, wirst du's in Wirklichkeit."

Ihre kleine Hand legte sich fest auf seinen Mund.

„Nein, Waldemar! Die Königin ist Heilwig, und ich will nie in ihre Rechte eingreifen! Ich will auch keine Hofhaltung in Gurre. Ich will nur mein kleines Nest! Das Nest für die kleine Towe, die Wildtaube. Ich will für dich, nur für dich da sein — allezeit! — Doch nun lebe wohl, du herrlicher, herrlicher M[illegible]n Held und Sieger!"

Sie küßte sein strahlendes Antlitz. Zum erstenmal küßte sie es freiwillig und aus eigenem Antrieb.

„Beißt du mein, Waldemar? Ich gab dir alles, mich selbst!"

„Ich bleibe dein! Ewig!"

Noch eine Umarmung, dann stieg sie allein den Berg zum Schloß hinauf. Nach einigen Schritten war Barnekow neben ihr und führte sie vorsichtig und sorgsam den steinigen Weg hinauf.

Es gibt nicht zwei Dinge, die gleich im Leben sind,
Es gibt nicht zwei Tröpflen, da eins wie das andre rinnt.
So lerne du beizeiten begreifen und verstehn:
Es können die Welt nicht zwei Menschen aus gleichen Augen sehn.

Als sie den Kärnan vor sich sahen, bat sie: „Ich dank' euch, Barnekow! Aber nun geht! Dort sitzt mein alter Freund, der Turmwart. Nun bin ich in sicherer Hut."

Der Alte vom Turm sah ihr entgegen. Dann deutete er hinaus.

„Ihr kommt heute spät, Fräulein! Seht, wie die Sonne dort sinkt! Flammen und Glut ist alles. Gleich wird sie ins Meer tauchen."

Silva starrte hinaus.

Da blickte der Alte sie an. Erstaunt. Fragend.

„Aber, Fräulein, was ist mit euch geschehen? Ist das der Widerschein vom Sonnenuntergang? Ihr strahlt wie die Sonne, und in euren Augen steht ein Leuchten . . . . . "

„Ich war am Ophelia-Bach", sagte sie träumend. „Am Ophelia-Bach? . . . . . Fräulein, Fräulein, da geht Prinz Hamlet um. Hütet euch vor dem Ophelia-Bach! Er bringt Unheil! Er hat schon manche mit sich genommen."

„Du guter Alter, am Ophelia-Bach wohnt Frau Minne, die Zauberin. Die zaubert Götter aus uns armen Menschenkindern. Und ihr Kuß hat mich heute berührt, daß ich aufgewacht bin! Aufgewacht zum Leben! O, lieber Alter, wie ist das Leben schön!"

„Hab' ich das nicht immer gesagt, Fräulein?"

„Ihr habt doch sechs Söhne hergeben müssen . . . . ."

„Ich habe sie aber besessen, Fräulein! Und hab' ich sie nicht noch? Meine Jungen sind mein, ob sie gleich tot sind. Und oft, oft kommen sie zu mir im Traume!" —

Die Sonne war hinunter.

Graue Schatten krochen vom Tal herauf.

„Lebt wohl, lieber Alter! Und vergeßt mich nicht! Laßt auch mich in eurem großen Herzen leben!"

Erschrocken starrte er sie an. „Ihr wollt fort, Fräulein?"

„Heute noch nicht! Aber bald! Doch ich komme noch zu euch, so ohne Abschied entschwinde ich euch nicht!"

Dann war sie gegangen.

Der Alte starrte ihr nach, lange, lange. Sollte dieser letzte Sonnenschein seines Lebens ihn auch verlassen? Ihm war weh ums Herz. Mühsam stand er auf.

Kam das Alter? Oder war's nicht schon da? Heute fühlte er's. „Es wird Zeit", murmelte er leise, „Zeit auch für mich."

Da flog noch einmal ein rosiger Schein über den schon erblaßten Horizont.

„Ei, Alter", sagte er laut, „morgen kommt die Sonne wieder! Und so lange die Sonne kommt, ist's noch schön auf der Erde!"

Langsam ging er in sein Wachtstübchen, warf noch einen Blick zurück und schloß die Tür.

11.

Das Schlößchen Gurre war voll Leben u[illegible] Bewegung. Handwerker aller Art waren [illegible]schäftigt, den Bau so schön wie möglich [illegible] schmücken. Buntbemalte Scheiben kamen in [illegible] gotischen Spitzbogenfenster. Nur S[illegible]loas Kemenat wollte sie frei davon haben. Sie mußte hinaussehen können, wenn sie einsam am Fenster saß. Sie mußte die Sonne untergehen sehen. Sie mußte „ihm" entgegenblicken können, wenn sie wußte, daß er kommen würde.

Teppiche hingen an den Wänden und deckten die steinernen Fußböden. Holzfußböden waren noch selten. Aber auch das sollte in ihr Frauengemach kommen. Polsterbänke standen neben dem großen Kamin, in dem im Winter die

Buchenkloben knacken und sprühen sollten. Im Frauengemach war ein Eckchen, in dem geweihte Zweige hinter dem Bild der Madonna steckten. Ein schön geschnitztes Betpult stand davor. Große, weiche Tierfelle waren über das Bett im Schlafgemach gebreitet, und ebensolche lagen an der Erde, in die der Fuß weich versank.

Endlich war alles bereit, Mägde und Frauen warteten auf ihren Dienst. Sogar der Präzeptor, den sie gewünscht hatte, ein alter, würdiger Mönch, war eingezogen.

Da kam Waldemar nach Helsingborg und holte sich selbst frei und öffentlich sein Lieb ins bräutliche Nest. Dieses Mal war's kein heimliches Abenteuer, das er verbergen wollte. Diesmal sollte alle Welt sehen und hören, daß Silva Putbus seine „Towe lille" sei, der er auch den Namen einer Fürstin von Sjaellandsfar beilegte, und der er Schloß Gurre feierlich und schriftlich als Brautgabe schenkte.

Und seine Gemahlin? Wenn Heilwig groß dachte, um mit Silva teilen zu können, so sollte sie ungeschmälert sein in allen Rechten einer Königin. Wenn sie das nicht konnte oder wollte, so gab es für ihn nur eine Wahl. Und die hieß: „Towe lille."

Karin bekam den Befehl, alles zur Reise zu richten und selbst mitzukommen. Die Königin hatte Kammerjungfrauen genug. Sie hatte sich freiwillig zugunsten Silvas von Karin getrennt, so sollte jetzt Karin bei der neuen Herrin bleiben. Karin tat es gern. Die Königin war kühl und klar und überlegen gewesen, war immer Königin, auch ihrer Kammerfrau gegenüber. Das Täubchen hatte Karin hilfsbedürftig und schwach gesehen. Hier konnte sie alle ihre mütterlichen Instinkte entwickeln. Sie konnte Silva Mutter und Dienerin zugleich sein.

Ganz anders nahm das Fräulein von Nyborg die neue Kunde auf! Sie fiel von einer Ohnmacht in die andere. Man mußte sie in ihrem Zimmer halten, damit kein Unglück geschah und damit vor allem die Kinder nicht beunruhigt wurden.

Aber die kluge Margarete hatte gemerkt, daß Silva Putbus die Ursache von den Zuständen der Nyborg war. Und in ihr, die das Täubchen nie hatte anerkennen wollen, setzte sich ein Funke fest, der später zur verhängnisvollen Flamme werden sollte.

Dieser Funke hieß Haß.

So weit ein Kind Haß empfinden kann, so weit haßte Margarete die schöne Rügianerin. Die nahm ihr ihren Vater fort, das fühlte sie, ihren schwärmerisch geliebten Vater. Margaretens Herz war heiß, wenn sie auch äußerlich ein so verschlossenes Kind war.

Towe lille, hüte dich! Hier glimmt ein Funke, der dir einst gefährlich werden kann!

* * *

Silva, oder die Towe lille, wie man sie jetzt überall nannte, war in Schloß Gurre eingezogen. Waldemar hatte sie eingeführt. Dann aber mußte er sie verlassen. Die Hansa machte ihm den Kopf warm mit ihren Forderungen und Wünschen. Eines Tages aber ertönten Pferdehufe. Zwei Reiter näherten sich dem Schloß.

Silvas Herz klopfte rascher.

Waldemar? Nein! Jetzt erkannte sie die Reiter. Es war ihr Bruder Henning mit seinem Leibjäger. Nun galt es, sich zu wappnen, fest zu sein!

Und dann stand er vor ihr, tiefernst, zürnend.

Silva lächelte.

„Wer hat mich gerufen, Henning? Ich bin nicht von selbst gekommen. Nur du hast mich gerufen, du allein!"

„Ich weiß es, Silva! Ah, wie ich den Tag verfluche, an dem ich dich kommen ließ!"

„So? Und was sollte ich eigentlich hier? Nur einen Bruder besuchen? Doch wohl nicht! So ein bißchen heimliche Pläne hatte mein stolzer, großer Bruder auch mit mir."

„Aber nicht so, Silva, so doch nicht! O, Täubchen, daß du mir das antun konntest!"

„Ah, weil wir unsere Liebe hell und laut vor aller Welt verkünden, deshalb ist sie größere Sünde und Schande! Aber so ein bißchen heimliche Liebelei, das wäre nicht schlimm gewesen. Im Gegenteil, die hätte in meines Bruders Pläne ganz gut gepaßt. Nein, Henning, unsere Liebe ist Sünde! Ich weiß es: Sünde gegen die Königin! Aber nicht gegen dich und gegen euch stolze Richter alle! Diese Sünde haben wir allein, ganz allein zu verantworten. Und wir werden sie verantworten und, wenn Gott uns straft, die Strafe, auf uns nehmen. Und noch eins! Sieh, Henning, das Fräulein von Nyborg, das Ohnmachten und Krämpfe bekam über den Schritt des Königs, mich öffentlich in sein Schloß zu holen, dasselbe Fräulein von



Vom Mönch zum Erzbischof.

Der Benediktinermönch Dr. Justinian Georg Seredy ist vom Papst zum Erzbischof von Gran ernannt worden. Der neue Kirchenfürst, der erst im 43. Lebensjahre steht, führt den Titel eines Fürstprimas von Ungarn und ist als solcher Oberhaupt der ungarischen katholischen Kirche. Fürstprimas Seredy soll durch das nächste Konsistorium zum Kardinal gewählt werden.

Nyborg erzählte mit lüsternen Blicken von dem neuesten Titel einer Geliebten in Frankreich, „Maitresse", und von der Macht, die diese Maitressen hätten. — Nun hör' mich an: Also in Frankreich heißen die Freundinnen der Könige Maitressen. Was bedeutet denn das welsche Wort? Es heißt doch „Herrin". Also seine Herrin soll sie sein, nicht seine Sklavin! Herrschen soll sie über ihn. Keine anderen Götter soll er neben ihr haben. Kein anderes Weib, auch seine Gemahlin nicht! Das alles liegt in dem Wort. Und nun höre, wie ich diese Macht anwenden will. Zum Guten will ich Waldemar führen, zum Großen! Du weißt es, so wie ich, daß dieser herrliche Mann doch Schwächen hat, daß er klein sein kann. Und das soll nicht sein. Ich will ihn nur groß sehen! Du und ich, Henning Putbus, wir beide wollen ihn zur Höhe führen, du den Herrscher, und ich den Menschen in ihm. Und von jetzt an bin ich Towe lille. Nur noch Towe lille, für ihn und für das Land!"

„Ja, Silva, wenn du es so auffassest! Wenn deine Liebe so groß ist, daß du ihn glaubst behüten zu können vor vielem, vor dem ich ihn nicht schützen konnte, dann will ich dir nicht mehr widerstreben! Dann will ich die Schande, da meine Schwester des Königs Liebchen ist, tragen, wenn sie des Königs Herrin wird." —

Heiho! Wie brauste die Jagd durch den Forst! War das der wilde Jäger, der in den zwölf Nächten umgeht?, so dachten die Bewohner der kleinen Küstenorte, durch die die brausende Fahrt gegangen war. Der wilde Jäger aber war es nicht! König Waldemar war auf einer Hirschjagd. Mit Hei und Hussa ging's durch die bergigen Wälder, den Geweihten zu hetzen. Die Hunde jagten dicht hinter ihm mit hellem Gebell.

Die Jagd war zu Ehren des Hanseatischen Großkaufmanns und Aeltermanns Tidemann aus Bremen angesagt, dem Waldemar die Schönheit seiner weit ausgedehnten Wälder zeigen wollte. Denn Bremen, ganz im Tiefland gelegen, mit vielen Weiden und Wiesen, hatte ja nur wenig Wald und gar kein Gebirge.

Der König war mit dem Bremer allein vorangeritten. Weit hinter ihnen folgte erst Jagdgesellschaft mit den Hofherren Schulenburg, Howeschild, Hennecke von Osten und Wicke von Nyborg.

Der Hirsch war in einem kleinen Tümpel mitten im Walde von den Hunden gestellt worden. Er sah keine Rettung mehr und wandte sich nun zum Angriff gegen seine Verfolger.

Waldemar und sein Bremer Jagdgast waren von den Pferden gesprungen, die hier nicht weiter konnten. Einer der Hunde hatte sich im Vorderlauf des Hirsches verbissen, und Waldemar wollte dem gestellten Wilde den Garaus machen. Um ihm mit seinem Waidmesser den Fang zu geben, kam er dem in Todesnot gestellten Tiere nahe. Dieser, ein ganz Kapitaler, ein alter König der Wälder mit einem riesigen Geweih, stieß im letzten Augenblick noch vor und hätte dem König den Bauch aufgeschlitzt, wenn nicht die Wucht des Stoßes an Waldemars grobem Pelz abgeglitten wäre. Immerhin aber versetzte ihm die mächtige Stange des Hirsches noch eine ordentliche Fleischwunde in die Seite. — Waldemar taumelte zurück und glaubte schon sein letztes Stündlein gekommen, als der Speer des Hanseaten durch die Luft sauste und den Hirsch mitten ins Blatt traf. — „Das war Rettung zur rechten Zeit!" — Waldemar war auf einen verwitterten Baumriesen gesunken und drückte die Hände auf die Wunde in der Seite. — Gleichzeitig waren die Herren vom Gefolge herangekommen. „Eine Bahre aus Baumstämmen machen! Rasch!" Dröhnend lachte Waldemar auf:

„Bin doch kein altes Weib, daß ihr mich auf einer Bahre forttragen wollt! Wegen einer kleinen Schramme! Und tot bin ich auch noch nicht! Dank dieses braven Hanseaten!" — „Gott sei Dank, König Waldemar, daß es so ablief! Ich bin ein bißchen von einem Medicus, hab's gelernt, mir selbst zu helfen, wenn wir wochenlang auf dem Meere waren ohne Hilfe weit und breit. Ihr erlaubt, daß ich die Wunde ansehe und verbinde." „Na, dann los, dann verpflastert mich mal!" — Tidemann sah suchend in der Runde umher. Da fiel sein Blick auf eine breite, weiße Schärpe mit goldenen Quasten daran, die Schulenburg über seinem Jagdwams trug. — „Ah, Herr, ihr gestattet!" sagte er kurz, nahm die Schärpe, des eitlen Schulenburg ganzer Stolz, und zerriß, sie rasch in zwei Teile. Die goldenen Fransen fielen achtlos zu Boden. Wieder lachte Waldemar: „Na also, Schulenburg, ist all euer Klimbim doch mal zu was gut! Ich hoffe, ihr tut's gern für euren König!" Dann aber wurde er doch stiller, als Tidemann die Wunde bloßlegte und die Blutung zu stillen suchte. Der Blutverlust machte ihn auch schlaff und matt. Er mußte sich aufs Pferd heben lassen, das langsam und vorsichtig am Zügel geführt wurde, indes Howeschild den König stützte.

„Wohin?" fragte er halblaut.

„Doch wohl nach Wordingborg!" sagte einer der anderen.

Da fuhr Waldemar aus seiner halben Betäubung auf: „Nein! Nicht dahin!"

„Dann ins Winterschloß?"

„Nein!" Und kaum verständlich klang's: „Nach Gurre!"

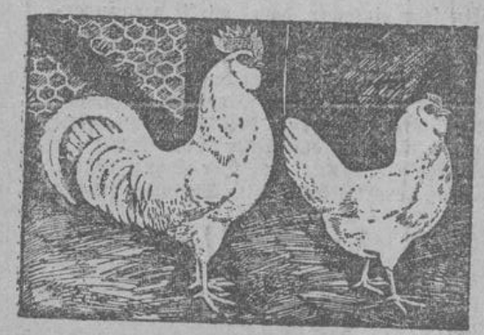
„Richtig, das ist ja auch ganz nahe hier."

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Weiße Thüringer Barthühner.

Die Thüringer Barthühner gehören unbestritten zu den lieblichsten Erscheinungen, die wir auf dem Geflügelhofe haben. Seit Jahrhunderten bereits werden sie im Thüringerlande gezüchtet. Besonders die Gegend um Ruhla herum ist ihre engere Heimat. Von dort aus haben sie sich über ganz Deutschland verbreitet und haben hier und da, wenn auch nicht gerade haufenweise, ihre Freunde und Freundinnen. In ihren Adern soll das Blut der ausgestorbenen Thüringer Ottrköpfchen rollen; außerdem aber haben sie viel von den Paduanern in sich.



Wie auch aus der wohlgelungenen Abbildung hervorgeht, sind diese Barthühner von gedrungener Gestalt, haben mittlere Größe, sind dabei kräftig und tragen sich, wie das die hohe Brust kund tut, stolz und selbstbewußt. Am auffallendsten an ihnen ist ohne Zweifel der kräftig entwickelte Bart. Viel Wert wird darauf gelegt, daß der Bart auch nach den Seiten hin recht üppig ist, was bei den sonst sehr rassigen Tieren unserer Abbildung nicht klar genug hervortritt. Hauptsächlich bei der Henne, deren lockeres Gefieder hinten am Halse eine Art Kamm bildet, soll der Kopf wie in Federn eingebettet erscheinen. Thüringer Pausbäckchen wurden die Hühner früher liebevoll genannt, ein Name, der ihnen auch jetzt noch oft beigelegt wird.

Was die äußere Erscheinung dieser Landhühner anbelangt, so hätte ich wohl bloß noch hinzuweisen auf den knappen halbhohen Kamm, auf den verhältnismäßig langen Rücken, auf den vollentwickelten, durchaus nicht steil getragenen Schwanz und auf die mittellangen Läufe, die, das sei hier gleich gesagt, bei den weißen Pausbäckchen weiß sind, während sie sonst, je nach dem Farbenschlage, blau oder schwarz aussehen.

Die Thüringer Barthühner werden in einer ganzen Reihe von Farbenschlägen gezüchtet. Von den einfarbigen trifft man am häufigsten schwarze und weiße an, von den gezeichneten gold- und silbergetupfte. Die weißen dürfen keinen gelben Schein haben, auch keine schwarzen Federn im Schwanz oder an anderen Stellen.

In einem Vortrage habe ich die Thüringer Barthühner einmal „das Huhn des kleinen Mannes" genannt, was von anderer Seite als sehr treffend bezeichnet wurde. Haben nämlich die Thüringer Barthühner freien Auslauf auf die Dorfstraße, auf den Anger usw., so suchen sie sich, die rauhe Jahreszeit ausgenommen, das ganze Jahr überall das Futter, das sie unbedingt brauchen und legen dabei auch noch zufriedenstellend. Selbstredend legen sie aber mehr Eier, wenn sie sorgsam abgewartet werden. Im letzteren Falle bringen sie es auf etwa 130 bis 140 Eier, die reinweiß aussehen und im Durchschnitt sechzig Gramm wiegen. Zur Brut schreiten unsere Thüringer nur selten, und auch auf sichere Durchführung der Brut darf man bei ihnen nicht mit Bestimmtheit rechnen. Da sowohl die ausgewachsenen Barthühner als auch ihre Küchlein sehr wetterfest sind, so wachsen letztere ohne große Mühe auf. Darum sind die Thüringer Barthühner auch allen den Züchtern, vornehmlich auf dem Lande, zu empfehlen, die sich nur wenig um ihre Hühner kümmern können.

#

Zur Geflügeltuberkulose.

Die Tuberkulose, auch Auszehrung genannt, ist, kurz gesagt, eine ansteckende, heimtückische schleichende Krankheit mit langwierigem Verlauf, die stets mit dem Tode endet. Aehnlich wie die Tuberkelbazillen beim Menschen und den Säugetieren, sind auch die Geflügeltuberkelbazillen mikroskopisch kleine Lebewesen und von ersteren nur sehr wenig unterschieden. Es ist wohl noch nicht wissenschaftlich endgültig festgestellt, ob nicht die letzteren auch auf den Menschen übertragbar sind, sicher ist aber, daß der Papagei beide Bazillenarten beherbergen kann, also selbst angesteckt werden und anderen anstecken kann, beides, von Menschen und Tier.

Es ist im Anfangsstadium der Krankheit nicht leicht festzustellen, ob die Tiere wirklich an Tuberkulose erkrankt sind, denn die Anzeichen dafür sind nicht gerade auffallend charakteristisch. Die angegriffenen Tiere kriechen gleichsam in sich zusammen, sondern sich von den andern ab; nicht selten macht sich eine gewisse Lähmung der Beine und Flügel bemerkbar; das Gefieder verliert seinen Glanz; der Kamm wird bleich und blutlos, und es scheint, als ob das Gesicht kleiner würde; die Eierproduktion hört auf; die Ausleerungen werden gelblich und dünnflüssig; der Appetit verschwindet nach und nach, und das Tier magert zusehends ab. Solches wären im großen und ganzen die allgemeinen Kranheitserscheinungen.

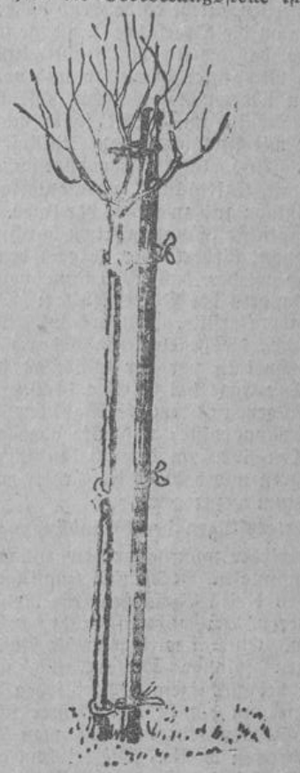
Bei der Untersuchung eines an Tuberkulose verendeten Tieres ist an den inneren Organen die Ursache des Todes leicht festzustellen. Die Leber ist mit zahlreichen grauweißen Knoten besetzt, die sich auch häufig an der Milz und den Gedärmen finden, in gewissen Fällen sogar an die Gelenke, besonders die Flügel und Fußgelenke angeschwollen. Diese Geschwulste enthalten eine blutige, käseartige Masse. Die Leber ist außergewöhnlich groß und äußerst empfindlich. Wird eine Henne in fortgeschrittenem Stadium der Lebertuberkulose stark gejagt oder in die Luft geworfen, so wird solches in der Regel den Tod zur Folge haben durch Zerreißen der Leber, wodurch innere Verblutung eintritt.

Von einer Heilung dieser Krankheit kann nicht die Rede sein; wollte man eine solche versuchen, würde man nur die Gefahr der Ausbreitung vergrößern. Das alleinige Mittel zur Bekämpfung und zur Verhinderung weiterer Ausbreitung besteht in einer baldmöglichsten Tötung der befallenen Tiere und Vernichtung der Kadaver und in einer gründlichen Desinfektion. Der Dünger und sonstiger Abfall, auch die verendeten bezw. getöteten Tiere werden verbrannt. Alles Holzwerk des Stalles und Auslaufes wird mit einer kochenden Sodalauge kräftig abgebürstet, darauf mit einer 5prozentigen Kreolinlösung abgespült und zum Schluß mit einer 10prozentigen Chlorkalklösung bestrichen. Decke und Fußboden werden ähnlich behandelt. Dem Kalk setzt man vorteilhaft etwas rohe Karbolsäure zu. Die Futter- und Trinkgeschirre sind auszukochen; hölzerne, weniger wertvolle werden am besten verbrannt. Auch der Auslauf ist sorgfältig zu reinigen. Zunächst wird derselbe mit einem engzinkigen Rechen von allem Unrat, Stroh und dergl., das verbrannt wird, gesäubert. Sodann besprengt man den Boden mit einer kochenden Lösung aus 2 Liter Soda und 100 Liter Wasser und darauf mit einer 5prozentigen Kreolinlösung. Auch ist ein tiefes Umgraben des Auslaufes mit nachfolgender Besprengung mit Kreolinwasser sehr zu empfehlen.

Das Fleisch an Tuberkulose erkrankter Tiere ist für Menschen und Tiere als Nahrung ungeeignet, auch wenn die Krankheit sich erst im Anfangsstadium befindet

Hochstämmige Rosen und Beerenobstbäumchen anzubinden.

Es handelt sich um eine sehr einfache Sache, die aber trotzdem ihre Bedeutung hat. Man findet gewöhnlich Rosen- und Beerenobsthochstämme mit Pfählen versehen, die nur bis an die Krone heranreichen oder noch nicht einmal so weit. Dementsprechend reichen natürlich auch die Bänder bis höchstens an die Krone heran und doch ist gerade die Stammstelle unmittelbar am Kronenansatz die durch Wind am meisten gefährdete, weil hier die Veredelungsstelle ist. Während es beim Obstbaum richtig ist, den Pfahl mit dem Kronenansatz abschneiden zu lassen, ist das im vorliegenden Falle verkehrt. Bei solchen Stämmchen soll der Pfahl in die Krone hineinreichen und einer oder zwei der stärksten Hauptkronenzweige sollen durch Bänder, die sie mit dem Pfahl verbinden und also dadurch auch die Krone gestützt werden. Geschähe das allgemein, würden nicht die Fälle so häufig sein, daß die Stämmchen, bei diesen Pflanzenarten zu schwach, um die schweren Kronen im Winde zu halten, abbrechen. Man halte also fest: das Band in der Krone, diese zu stützen, ist immer das wichtigste. Hochstämme, die als solche mehr als 1 Meter Höhe haben, sollten außerdem drei Bänder bekommen, das erste 10—20 Zmtr. über dem Erdboden, das zweite dicht unter dem Kronenansatz, das dritte in der Mitte zwischen beiden. Bei sogenannten Halbstämmen, deren Stamm weniger als 1 Meter Länge mißt, genügen die beiden ersten Bänder, also jenes über dem Erdboden und das andere dicht unter dem Kronenansatz; aber die Krone muß natürlich außerdem auch gestützt sein.



#

Evas Apfelbaum.

Ein recht merkwürdiger Apfelbaum findet sich auf der Insel Ceylon. Die Blüten des Baumes haben einen ganz eigenartigen, lieblichen Geruch. Die Früchte weisen etwa die Form von Aepfeln auf. Diese Aepfel tragen an der einen Seite eine ganz absonderliche Einbuchtung, die den Eindruck erweckt, als sei der Apfel bereits angebissen worden. Auf Grund dieser Absonderlichkeit hat man dem Baum den Namen „Evas Apfelbaum" gegeben.